

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 2,75 fl. Bei Postbezug monatl. 3,11 fl. Unter Streichband in Polen monatl. 5 fl. Danzig 3 Guld. Deutschland 2,5 Rentenmark. — Einzelnummer 20 Groschen. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Unzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Groschen. Darunter 20 bzw. 100 fl. fl. Bei Postbezug und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Bei Postbezug nur schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 50 Groschen. — Für das Erstellen der Anzeigen am bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postleistungskonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 167.

Bromberg, Dienstag den 22. Juli 1924.

48. Jahrg.

Die Londoner Konferenz.

Die Tätigkeit der Kommissionen, die bekanntlich für die Entscheidungen im Plenum die Vorarbeit zu leisten haben, hat in den letzten Tagen seine besonderen Fortschritte gemacht, was u. a. daraus ersichtlich ist, daß am Sonnabend keine Vollstitution stattgefunden hat.

In einer entscheidenden Frage haben sich England und Amerika dem Wunsche der Franzosen gefügt: Nicht ein unparteiischer Gerichtshof sollte darüber entscheiden, ob Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Dawes-Gutachten nachkommt, sondern die Reparationskommission. Indessen ist die Einschaltung der Reparationskommission in den zur Ausführung des Gutachtens zu schaffenden Behördenapparat an ein Kompromiß geläufigt worden, dem zu Liebe auch die Franzosen ein Zugeständnis machen mußten: Ein Amerikaner wird Sitz und Stimme in jedem Fall bekommen, in dem eine Verschöning Deutschlands festgestellt werden soll. Damit ist der grundsätzlichen Stimmenmehrheit und dem dadurch bedingten entscheidenden Einfluß Frankreichs eine Schranke gesetzt. Bissher sahen in der Reparationskommission vier Mächte mit je einer Stimme, England, Italien, Frankreich und Belgien, wobei Belgien unter allen Umständen der französischen Stimme zugezählt werden konnte. Da bei Stimmengleichheit der Vorsitzende entscheidet, der vertragsmäßig ein Franzose sein muß, so waren England und Italien einsatz an die Wand gedrückt. Man erinnert sich, daß Sir John Bradburne schließlich darauf verzichtete, überhaupt mitzustimmen. Durch den Eintritt eines amerikanischen Vertreters ist Frankreich auf ein Einvernehmen mit den anglo-sächsischen Mächten oder aber mit Italien angewiesen.

In der Frage der Sanktionen haben die Amerikaner einen Vermittlungsvorschlag vorgelegt, der zwar noch nicht offiziell veröffentlicht ist, über den aber Presseangaben vorliegen. Danach verlangen die Amerikaner, falls Sanktionen eintreten, für die Beträge, die während der Sanktionszeit von Deutschland gezahlt werden oder die sich aus den Sanktionen selbst ergeben, ein Prioritätsrecht für den Binsenbund. Aus all diesen Beträgen müßten also zunächst die Binsen abgedekt werden. Erst dann könnten Finanzpläne erörtert werden. Besonders Italien und Jugoslawien sollen der englisch-amerikanischen Finanz umfangreiche Pläne für den wirtschaftlichen Wiederausbau ihrer Länder vorgelegt haben: Hafenbauten, Eisenbahnen usw. Der Sinn des Vorschlags soll darin bestehen, militärische Sanktionen mit einem starken finanziellen Risiko zu verbinden und auf diese Weise die Gefahr eines Sondervorgehens einzelner Staaten zu verringern.

Nach einer weiteren Meldung hat die I. Kommission sich hinsichtlich der Frage der Verschöning Deutschlands, ferner der Sanktionen und des Vorrangrechts der 800-Millionen-Anleihe schlüssig gemacht und bezügliche Vorschläge ausgearbeitet, die der Vollstitution unterbreitet werden sollen, welche letztere am heutigen Montag stattfinden soll. Diese Vorschläge lauten nach der „D. Z.“:

Artikel 1. Über eine schuldhalbe Verschöning Deutschlands soll die Reparationskommission entscheiden, und zwar nach sachlicher Aufführung eines Amerikaners, den die Reparationskommission einstimmig, sonst der Haager Schiedsgerichtshof ernannt. Daß der Amerikaner nur sachlich gehobt wird, erfolgte auf Wunsch Amerikas.

Artikel 2. Wenn die Reparationskommission feststellen sollte, daß Deutschland einen Akt der Nichterfüllung begangen hat, werden die interessierten Regierungen auf Grund des Bewußtseins der gemeinsamen Freihändlerschaft, der eigenen finanziellen Interessen, und der Interessen der Personen, die Geld geleistet haben, gemäß den Vorschlägen des Dawes-Vertrages sofort die Art der anzuwendenden Sanktionen bestimmen und sie so durchführen, daß sie wirksam werden.

Artikel 3 sieht dann vor, den Dienst der Anleihe von 800 Millionen Goldmark, die im Sachverständigenbericht vorgesehen ist, zu garantieren und ihre Bezeichnung durch breite Schichten der Bevölkerung zu erleichtern.

Die alliierten Mächte werden erklären, falls Sanktionen gegen Deutschland nach dessen Nichterfüllung angewandt werden, daß diese Mächte die Aussöhnung vertreten, daß der Dienst der Anleihe das Recht der ersten Hypothek genießen soll in allen jenen wirtschaftlichen Hilfsquellen Deutschlands, die sich während der Anwendung der Sanktionen im Besitz oder unter der Kontrolle der Alliierten befinden werden.

Artikel 4. Abgeleitet von den Bestimmungen, die in den übrigen Artikeln niedergelegt werden, behalten sich die unterzeichneten Mächte alle Rechte vor, die sie auf Grund des Friedensvertrages genießen.

Zu dem amerikanischen Vermittlungsvorschlag in Sachen etwaiger deutscher Verschöning und der Sanktionen („Gebt Binsen – nehmt die Sanktionen“) schreibt die „Deutsche Allg. Zeit.“ u. a.:

Frankreich freudet. Nach einer Pariser Tendenzmeldung, die von einer Berliner Korrespondenz verbreitet wird, soll dieser französisch-amerikanische Vorschlag bereits von Sir Robert Kindersley aufgeteilt sein. Sir Robert Kindersley ist Bankier und gehört als englischer Delegierter dem dritten Ausschuß an, der über die Transfusionsen und die Technik der Sachleiterungen zu bestimmen hat. Die „Kritik“ der Sonderaktionen gehört vor den ersten politischen Ausschüssen, in dem nach unserm Londoner Berichtsstatter dann doch gegen diesen ungeheuerlichen Vorschlag von England Widerspruch erhoben wird. Für 80 Millionen Anleihebeträgen wird die etwaige Garantie verschachtelt, die der „Kritik“ von dem geknebelten Deutschland geben wollte. Noch vor dieser letzten Ungeheuerlichkeit schrieb nach den Erfahrungen der beiden ersten Konferenztagen der „Manchester Guardian“: „Deutschland ist zur Annahme des Dawesplans bereit, aber es meint wirklich den Dawesplan und nicht eine feine erwartete Verrenkung desselben. Der Dawesplan ist auf die willige Zustimmung beider Parteien geprägt. Welche Schritte werden getan werden, um zu erreichen, daß diese wesentliche Bedingung erfüllt wird?“

In der Frage der Räumung der Ruhr liegen drei Anträge vor, einer von Peretti della Rocca, sodann ein Memorandum von Seydoux und endlich ein Vorschlag Snowdens. Der Snowdensche Vorschlag lautet, keine Maßnahme soll ergriffen werden, die außerhalb des

Versailler Vertrages steht und geeignet ist, die ökonomische und fiskalische Einheit Deutschlands zu stören. Es sei denn, daß der Generalagent für die Reparationen und der Freihändler der Geldleiter gemeinschaftlich berichten, daß Deutschland den Dawesschen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Die Franzosen haben den Vorschlag Snowdens glatt abgelehnt.

Der Vorschlag Peretti della Rocca ging dahin, daß im Falle die Reparationskommission eine Nichterfüllung Deutschlands feststellen sollte, die interalliierten Regierungen gemeinschaftlich Maßnahmen treffen sollen, um sofort die rigorossten Sanktionen zu verlangen und so der Nichterfüllung ein Ende zu bereiten. Es wurde dann noch ein neuer französischer Plan vorgelegt, der darin besteht, daß der militärische Druck auf Deutschland aufhören soll, sobald Deutschland die Bedingungen des Dawesberichtes in Anwendung gebracht hat. Die Zurückziehung der Besatzungstruppen soll etappenweise vor sich gehen, zuerst nach der ersten Zahlungsleistung Deutschland, dann immer weiter bei jeder weiteren Zahlung, bis schließlich Essen als letzter Ort geräumt wird.

Die französisch-belgischen Sachverständigen, die mit der Ausarbeitung einer gemeinsamen Formel über die etappenweise Räumung des Ruhrgebietes beschäftigt sind, haben sich geeinigt. Sie haben im Auswärtigen Amt eine gemeinsame Note niedergelegt, die sofort von den englischen Sachverständigen in Prüfung genommen worden ist.

Die Einladung an Deutschland.

Wie der „Dana. Zeitg.“ aus London unter dem 19. 7. gemeldet wird, wird in bestunterrichteten Kreisen der Konferenz angenommen, daß die Konferenz sich bis zum Mittwoch über sämtliche erforderlichen Entschlüsse entscheiden wird. Noch am Mittwoch oder spätestens am Donnerstag soll an Deutschland eine Einladung ergehen, Vertreter nach London zu entsenden. Es ist nunmehr endgültig beschlossen, Deutschland konsultativ hinzuzuziehen, sobald die Einigung unter den Alliierten erzielt sei.

London, 20. Juli. (PAT.) Aus Kreisen, die der Londoner Konferenz nahestehen, wird gemeldet, daß die Vertreter Deutschlands nur geladen werden, um die von der Konferenz gesetzten Beschlüsse entgegenzunehmen. (?)

Die „Associated Press“ verbreitet eine Erklärung, die aus dem Weißen Hause kommt, wonach Präsident Coolidge, der die Verhandlungen der Londoner Konferenz sorgfältig verfolgt, die bisherigen Ergebnisse als befriedigend betrachte. Die Fortschritte, die bisher in London erzielt worden seien, erfüllen nach Ansicht des Präsidenten die Erwartungen, die bisher in amerikanischen amtlichen Kreisen gehegt wurden. Die amerikanische Regierung sei noch nicht von einer Absicht in Kenntnis gesetzt worden, Young als Generalagent der Reparationskommission einzusezen, aber es wird von höchster Stelle bestätigt, daß man es gern sehen würde (would be pleased), wenn Young dieses Posten angeboten würde, und sehr bereit sei, ihn anzunehmen. Es wurde dabei hervorgehoben, daß Youngs Tätigkeit im Dawes-Ausschuß der amerikanischen Regierung ganz außerordentlich gefallen habe.

Herr Korsanty.

Wie rasch sich doch die Gunst des Volkes wendet! Korsanty, noch vor kurzem der Abgott des polnisch-öberschlesischen Volkes, wird nun in seinem ehemaligen Leiborgan im „Gonec Slonki“ in gehässiger Weise angegriffen und es werden gegen ihn Vorwürfe erhoben – Vereicherung bei geschäftlichen Transaktionen –, die, wenn sie wahr seien sollten, ihn in einem eigenfamlichen Licht erscheinen lassen. Der „Gonec Slonki“ schreibt in seiner Nummer vom 17. d. M.:

„Vor einem Jahr lasen wir in der „Niezepolitica“ die Ausführungen des Herrn Korsanty, in denen er seine Bemühungen um Bosel und Weinmann in Angelegenheiten der Königshütte und Laurahütte aufzulären wollte. Seinerzeit erklärte Herr Korsanty, daß Polen von der Industrie umsoviel (?) 5 Millionen Goldfranken in Form von Aktien erhalten. Wir haben den Erklärungen Korsantys in vollem Umfang im „Gonec Slonki“ Raum gegeben und haben nur kurz die grundsätzliche Frage hingestellt: Zahlt Polen resp. welche Konzessionen gibt sie der Industrie für die fünf Millionen Goldfranken? Wegen dieser beidseitigen Frage fühlte sich Herr Korsanty durch den „Gonec Slonki“ beleidigt und bekämpft seit dieser Zeit unter Blatt, wie es seiner rachsüchtigen Naturanlage entspricht. Die Angelegenheit der Erwerbung von Aktien der schlesischen Industrie durch die Regierung wurde mit einem geheimnisvollen Schleier umgeben, bis erst nach einem Jahr die amtliche Telegraphenagentur PAT sich mit ihr wieder beschäftigte, indem sie, wie wir berichtet haben, mitteilte, daß von der Regierung der Botschafter Klarner, Herr Korsanty und Professor Venis sich um die Erwerbung von Anteilscheinern der schlesischen Industrie für den Staat bemühten. PAT fügte hinzu, daß diese Transaktionen, abgesehen von gewissen finanziellen Vorteilen, die der Staat erlangen kann, es ermöglichen, in den Aussichtsrat dieser Unternehmungen polnische Vertreter in entsprechender Anzahl einzuführen.“

Nach den amtlichen Angaben besitzt der polnische Staat Anteile in den Hohenloherwerken 15 Prozent, in Giesches Erben 12 Prozent und die erwähnten Herren befürworten sich nur um 15 Prozent in Königshütte und Laurahütte. Die eigentlichen Besitzer der Laurahütte und Königshütte sind Bosel und Weinmann. Die „Kattowitzer Zeitung“ wiederum, die Beziehungen zur Großindustrie hat, behauptete vor einigen Wochen, daß auch Korsanty zu den Hauptaktionären gehört. Herr Korsanty, welcher gerne berichtet und zwar entweder direkt oder durch die Telegraphenagenturen hat bis jetzt diese Berichte der „Kattowitzer Zeitung“ nicht dementiert. Infolgedessen kann man annehmen, daß sie auf Wahrheit beruhen. Wenn also die Regierung Aktien der Laurahütte und Königshütte zu erwerben gedacht und wenn sie dies durch Herrn Korsanty tut, da müßte Herr Korsanty wegen dieser Anteile auch mit sich selbst verhandeln.

Der Zloty (Gulden) am 21. Juli

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags)

Danzig:	1 Dollar =	5,23 Zloty
	100 Zloty =	109 Gulden
Warschau:	1 Dollar =	5,21 Zloty
	1 Danz. Guld. =	0,91 1/4 Zloty
Rentenmarkt . . .	=	1,28 Zloty

Die Ansichten wegen der Erwerbung von Aktien in der Großindustrie sind durchaus verschieden. Anhänger dieser Idee sind die Leute, welche durch ihre Gesellschaften oder ihre Verwandten und Freunde mit Kohle, Eisen und mit anderen Produkten handeln. Diese Idee hat aber auch viele Gegner.

Der Warschauer „Kurier Informacyjny“ vom 16. d. M. meldet, daß die Regierung die Absicht hat, 15 Proz. der Aktien der Laurahütte und Königshütte zu erwerben und daß er schon 15 Prozent der Anteile in den Hohenloherwerken und in Giesches Erben besitzt. Die Verhandlungen in Angelegenheit der Laurahütte führen Herr Korsanty und Venis. Weiter schreibt der „Kurier“: Herr Venis ist endgültig kompromittiert als rechte Hand des Korsanty infolge der schon einmal mit Bosel und Weinmann geführten Verhandlungen und wegen der bekannten glücklicherweise nicht gelungenen Bankoperationen, welche den Aufbau der Hälfte des staatlichen Vermögens zum Ziel hatten. Gegenwärtig steigen Bedenken auf, daß die Vorschläge, die der Regierung von diesen Herren gemacht wurden, den Zweck haben, bedeutende Kredite zur Rettung der Privatinteressen der oberschlesischen Kapitalisten zu gewähren.

Und in Wahrheit scheinen die Bemühungen um die Anteile in der Industrie für den Staat merkwürdiger Art zu sein zu einem Zeitpunkt, da der Staat die Absicht hat, staatliche Unternehmungen zu verkaufen oder zu verpachten, war ja die Rede von der Abtreitung der Staatsbahnen an private Unternehmungen, ebenso des Tabakmonopols und anderer staatlicher Anstalten. Erst vor kurzem noch hat sich Herr Korsanty bemüht, der Regierung die Stichstosswerke in Chorzow für private Unternehmungen abzunehmen und zu gleicher Zeit bemüht er sich bei der Regierung um Beteiligung des Staates in der Privatindustrie.“

Ferienstimmung im Sejm.

Warschau, 19. Juli. Die gestrige Sitzung des Sejm hatte für die meisten Abgeordneten nicht mehr das geringste Interesse, da sozusagen nur noch die kleinen Überbleibsel zur Beratung standen. Am 20. und 21. d. M. werden dann noch Schlussberichte des Sejm stattfinden, in denen etwaige Verfügsungsanträge, die der Senat bei den letzten Sitzungen angenommen haben könnte, zur Diskussion gestellt werden. Es läßt sich aber voraussehen, daß wohl die meisten Abgeordneten bei diesen Sitzungen nicht mehr anwesend sein werden.

Inzwischen versammelten sich die verschiedenen Klubs. Behaft ging es bei den Ukrainern zu. Die in Ostgalizien, mit Hilfe der Unterstützung bei sonstiger allgemeiner Wahlteilnahme gewählten 5 Ukrainer hatten es anlässlich der Beratung der fragwürdigen neuen Gesetze für die Minderheiten des Ostens für notwendig gehalten, sich dem ukrainischen Club zu nähern. Die Ukrainer und Weißrussen betrachten jedoch diese fünf aus Ostgalizien stammenden, mit Hilfe der Regierung gewählten Herren, als Vertrüger an der ukrainischen Sache. Dementsprechend wird dem Vorgang Beder beigesetzt, denn er zeigt, daß auch diese ostgalizischen Herren sich den Ukrainern anschließen müssen, um ihre Wählerchaft angesichts der großen Entwicklung, die die Gesetze hervorgerufen haben, nicht vor den Kopf zu stoßen. Während der Sitzungen im ukrainischen Club kam es jedoch zu lebhaften Zusammenstößen zwischen Wajyncauk und dem Vorsitzenden Chryst. Hierbei soll Wajyncauk den Herrn Chryst geohrfeigt haben. Abg. Wajyncauk sprach in der ersten Aufrangung die Absicht aus, aus dem Club auszutreten, doch scheint man die Einigkeit wieder hergestellt zu haben.

Die Wyzwolente schickte eine Delegation, bestehend aus den Herren Dombski, Poniatowski und Puket, zum Ministerpräsidenten Grabski und dieser Delegation war auch Thugutt beigefügt. Die Herren unterhielten sich mit Grabski über die Wünsche der Wyzwolente und Grabski gab die Erklärung ab, daß schon in den nächsten Tagen das Außenministerium neu besetzt werden würde. Über die Besetzung selbst kursieren eine Anzahl Versionen. Am aussichtsreichsten scheint nach wie vor immer noch Alexander Skrzynski. Auch der Kultusminister Miklaszewski hat nun offiziell seine Entlassung genommen. Der Staatspräsident hat jedoch die Entlassung nicht angenommen. Im Plastenclub fanden Beratungen anlässlich des Schlusses der Sitzungen des Sejm statt.

Im Senat wurden gestern die vielbesprochenen und vielbekämpften Strafrechts- und Schulgesetze für die Ukrainer und Weißrussen angenommen.

Der Minderheitschulgefekt-Entwurf in der Senatskommission.

Am 18. d. M. wurde in der Senatskommission der Gesetzentwurf über die Minderheitsschulen beraten. Die Vertreter der Minderheiten protestierten gegen den Entwurf ebenso wie im Sejm und beantragten Übergang zur Tagesordnung. Bemerkenswerte Ausführungen machten der Vertreter der ukrainischen Partei Czarkaski und der Vertreter der jüdischen Partei Körner.

Der erste begründete die Wünsche seiner Partei nicht mit den Vorwürfen des Versailler Vertrages, der für die Ukraine nicht in Frage kommt; denn als der Versailler Vertrag unterschrieben wurde, rechnete man allgemein noch mit der sogenannten Curzon-Linie, welche im Falle ihrer Ver-

wirklichkeit die Ukraine außerhalb der Grenzen Polens gelassen hätte. Er erkannte sich vielmehr auf das natürliche Recht der Minderheiten. Die ukrainische Bevölkerung beträgt in ihrem alten Stammland 80 Prozent und, ohne auf die letzten Biele der Ukrainer an dieser Stelle einzugehen, müsste er die Autonomie der Ukraine und damit die Regelung des Schul-, Verwaltungs- und Gerichtswesens nach den Wünschen der von ihm vertretenen Bevölkerung verlangen.

Der Senator Körner verlangte für die jüdische Bevölkerung auf Grund des Verfaillier Vertrages Schulen mit jüdischer Sprache. Die Juden hätten in der ehemaligen Provinz Polen den Fehler gemacht, sich als Deutsche zu fühlen und sich zu den Zielen der deutschen Verwaltung zu bekennen, wofür sie heute bitter büßen müssten. In Konkurrenz wiederum seien sie in russischer Zeit mit der numerisch stärksten Bevölkerung, den Polen, gegangen. Dank hätten sie aber dafür nicht geerntet, überdies aber noch durch Assimilierung viele Stammesgenossen verloren, die zum Teil heute in den polnischen Rechtsparteien eine prominente Rolle spielen, bzw. mit ihnen verwandtschaftlich nahe verbunden werden. In Zukunft würden die Juden diese Fehler nicht mehr machen und ihre Stammesgenossen in jeder Beziehung insbesondere in den Schulen förmäßig pflegen.

Der Antrag der Minderheiten, über den Entwurf zur Tagesordnung überzugehen, wurde mit allen polnischen Stimmen abgelehnt, worauf die Vertreter der Minderheiten den Saal verließen und an den weiteren Verhandlungen nicht mehr teilnahmen.

Misshandlung von Deutschen in Orlowo (Kreis Lipno).

Interpellation
der Abgeordneten Kara, Utta und anderer von der Deutschen Vereinigung im Sejm an die Herren Minister für Kultus und innere Angelegenheiten wegen Erbreichung der Türen des Schulhauses und Betraales durch die Polizei im Dörfe Orlowo, Kreis Lipno, Drangalierung und Misshandlung der deutschen Kolonisten und Verprüfung des Dorfschulzen.

Weit über 100 Jahre bestand im Dörfe Orlowo, Kreis Lipno, eine von der deutsch-evangelischen Bevölkerung gegründete und von diesen unterhaltene öffentliche Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache. Im April d. J. hat der Schulinspektor des Kreises Lipno, indem er die augenblickliche Katastrophe der Schule ausführte, in dem Schulgebäude eine katholische Schule mit polnischer Unterrichtssprache für 29 Kinder untergebracht. Die Wohnung des evangelischen Lehrers und Kantors beflehtet der neuangestellte katholische Lehrer. Über 100 deutsch-evangelische Kinder blieben also ohne Unterricht. Die zu der oben erwähnten Schule gehörende deutsche Bevölkerung bemühte sich um einen Lehrer, und da sie einen Kandidaten im Auge hatte, wehrte sie sich gegen die Befehlung der Schule und verteidigte ihre Rechte auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege. Der Schulinspektor wollte jedoch die Entscheidung der höheren Behörden nicht abwarten und wandte sich an den Starosten um Zustellung von bewaffneten Kräften zwecks gewaltfester Durchführung seiner Anordnungen. Am 24. 4. 24 kamen nach Orlowo 6 bewaffnete Polizisten und verlangten von dem Schulvorstand Julian Trenkler die Herausgabe der Schlüssel vom Schulhaus und Betraal. Trenkler antwortete der Polizei, daß die interessierten Kolonisten Schritte unternommen haben zwecks Aufhebung der Anordnung des Schulinspektors und bat, von irgendwelchen Gewaltmaßnahmen bis zum Eingang der Antwort des Schulkuratoriums abzusehen. Die Polizei legte aber seine Hände in Ketten, so daß Trenkler große Schmerzen erleiden mußte, und brachte ihn über die anliegenden Dörfer nach Orlowo und zurück in seine Wohnung. Nachher erbrach die Polizei mit den Seitengewehren die Tür des Betraales und von dort aus die Türen des Schulraumes und der Wohnung des Lehrers. Die auf dem Schulhof anwesenden Personen H. Gatzke, A. Schmidt, G. Tieck und A. Prill, welche die Absicht hatten, das Scheunendach zu reparieren, stellte die Polizei der Reihe nach an die Mauer. Die Ankunft einiger Wagen mit Polizei lockte die katholische und evangelische Bevölkerung herbei. Die Katholiken ließ man durch, dagegen stellte man die Evangelischen gleichfalls an die Mauer neben den erwähnten Gacken und anderen. Daraufhin rückte man gegen sie den Lauf der Gewehre und unterzog sie einer genauen Beobachtung, wobei es ohne Bedeutungen und Schüsse nicht abging. Danach wurden diese Personen in das Polizeigefängnis in Wielgie gebracht. Am nächsten Tage fesselte man die Kolonisten H. Gatzke, A. Schmidt und G. Tieck und führte sie nach der Polizeistation in Bentlewo. Erst nach einigen Tagen, dank der Intervention des Pastors Buse auf der Starostest in Lipno, wurden die Verhafteten freigelassen.

Im Zusammenhang mit diesem Vorfall wurde am 25. April 1924 der Gemeindevorsteher Gustav Golke aus Orlowo von dem Polizeiamtsmeister aufgefordert, auf die Polizeiwachstube zu kommen. Als Golke die Schwelle des Lokals überschritten hatte, kam ihm der Polizeiamtsmeister Turklewitz mit dem Schrei entgegen: "Bist du ein Schulze?!" Verfluchter Schwab! (syria trew, schwab!) und schlug ihm acht mal ins Gesicht, dann versetzte er ihm noch mehrere schmerzhafte Fußtritte. Zeugen dieses Vorfalls waren: Wacław Barba aus Orlowo und der Polizist Kozłowski aus Bentlewo. Nachher wurde Golke in Polizeiarrest längere Zeit gehalten. Auf ähnliche Weise wurde der Kolonist G. Fröhlik aus Orlowo, der ein Kriegsinvalid ist, misshandelt. Zeugen: H. Rossal und A. Rosenbach aus Orlowo. Diese Gewalttat gegen die friedliche deutsche Bevölkerung fand ein lautes Echo in der weiten Umgegend und rief große Entrüstung und Erbitterung hervor. Die Willkür des Schulinspektors und die Gewalttaten der Polizei stellen eine schwere Verleumdung der bestehenden Gesetzesvorschriften dar und untergraben das Vertrauen der deutsch-evangelischen Bevölkerung zu der polnischen Staatlichkeit.

Angestellt dessen fragen die Unterzeichneten an:

1. Sind den Ministerien die geschilderten Gewalttaten und Misshandlungen der friedlichen Bevölkerung bekannt?
2. Werden die Schuldigen obiger Gewalttaten bestraft?
3. Ist das Unterrichtsministerium bereit, Anordnungen zu treffen, damit die Schulinspektoren die bestehenden Gesetze respektieren und zu solchen traurigen Vorfällen keinen Anlaß geben?

Warschau, den 18. Juli 1924.

Die Interpellanten.

Stabilisierung und Besoldung der Volksschullehrer.

Autra
des Abg. A. Utta und anderer betr. Änderung des Art. 22 § 3 des Gesetzes vom 27. Mai 1919 über die Stabilisierung und Besoldung der Lehrer an öffentlichen Volksschulen.

Das Gesetz vom 27. Mai 1919 über die Stabilisierung und Besoldung der Lehrer an öffentlichen Volksschulen verpflichtet alle tätigen und nichtqualifizierten Lehrer dieser Schulen, vor dem 31. Januar 1925 die vorgeschriebenen Er-

gänzungsprüfungen abzulegen. Diejenigen Lehrer, die diese Prüfungen im vorgeschriebenen Termin nicht ablegen und auch keine Ergänzungskurse beenden, sollen gemäß § 5 dieses Artikels aus dem Dienste entlassen werden.

Die Zahl der in den verflossenen Jahren von dem Unterrichtsministerium organisierten Ferienkurse reicht bei weitem nicht aus, um allen sich meldenden Lehrern die Teilnahme zu sichern. An die Beschaffung der nötigen Lehrbücher und die Weiterbildung zu Hause konnte die Lehrerschaft bei ihrer geringen Besoldung nicht denken.

Die Ausführung des § 5 gemäß den Bestimmungen des § 3 würde die Entfernung einer großen Anzahl unentbehrlicher Lehrkräfte aus dem Schul Dienst zur Folge haben. Diese Kräfte besitzen schon längere Praxis und könnten bei einer entsprechenden Verlängerung des Termins die vorgeschriebenen Prüfungen ablegen.

Infolgedessen beantragen die Unterzeichneten:

Der Hohe Sejm möge beschließen:

das beigelegte Gesetz.

Warschau, den 18. Juli 1924.

Der Antragsteller.

Das Gesetz.

Art. 1. Im Art. 23 des Gesetzes vom 27. Mai 1919 (Dz. P. v. Nr. 44 Pos. 311) über die Stabilisierung und Besoldung der Lehrer an öffentlichen Volksschulen sind im § 3 die Worte: "vor dem 31. Januar 1925" durch folgende "vor dem 31. August 1926" zu ersetzen.

Art. 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

Art. 3. Die Ausführung des Gesetzes wird dem Ministerium für religiöse Bekennnisse und öffentlichen Unterricht übertragen.

Die Krise im Außenministerium.

Warschau, 20. Juli. Ministerpräsident Grabbski gab sich, nachdem er eine Reihe von Konferenzen mit den Vertretern der einzelnen Klubs abgeschlossen hatte, nach Spala, um sich mit dem Staatspräsidenten über die Besetzung des freigewordenen Postens des Außenministers zu verständigen. Die Rückkehr des Ministerpräsidenten wird am Montag erwartet.

Inzwischen sind weitere Gerüchte und Vermutungen im Umlauf. Jeder Augenblick bringt neue Namen der vermutlichen Kandidaten. Benannt wurden u. a. der Gesandte in Helsingfors, Filipowicz, und der Gesandte in den Vereinigten Staaten Wróblewski. In politischen Kreisen verlautet auch, daß der Eintritt Thugutt in das Kabinett noch immer erwogen werde. Viele Kommentare löste die Konferenz aus, die gestern der Abg. Thugutt mit dem Abg. Gąbiński, dem Vorsitzenden des Verbandes der Nationalen Volkspartei, abhielt.

Abschluß der baltischen Pressekonferenz.

Warschau, 18. Juli.
Die Konferenz der Pressebureauchefs der Außenministerien Estlands, Lettlands, Finnlands und Polens hat ihre Arbeiten gestern zu Ende geführt. Der Verlauf der Konferenz hat eine vollständige Einigkeit in der Auffassung über das vom Außenministerium ausgearbeitete Programm erwiesen. Die Diskussion bezweckte hauptsächlich eine praktische Ausführung der vorgeschlagenen Resolutionen, ihre redaktionelle Zusammenfassung und hatte einen informativen Charakter. Die von der Konferenz angenommenen Resolutionen beziehen sich auf die Mitarbeit der Presseabteilungen der Außenministerien aller vier Staaten und sichern die Unterstützung für wissenschaftliche, ökonomische, künstlerische, soziale, journalistische und touristische Aussichten, die Förderung von Industrie, Handels- und Kunstaustauschungen, wie auch jeden intellektuellen Gedankenaustausches. Insbesondere ist auf Vorschlag des finnändischen Delegierten beschlossen worden, spätestens binnen zwei Jahren informative Handbücher über jeden von den vier Staaten in der Sprache der drei anderen Länder herauszugeben. Es ist ferner der Austausch von nationalen Filmen und Photogrammen verabredet worden. Bei wärmster Unterstützung der Delegierten Lettlands, Estlands und Finnlands ist beschlossen worden, daß jedwede Initiative wissenschaftlicher Organisationen zwecks Austausches von Verträgen, wissenschaftlichen Kurzfilmen und offiziellen Veröffentlichungen von den Presseabteilungen unterstützt werde. Außerdem sind auch Resolutionen gefaßt worden, zwecks möglichst rascher technischer Verständigung offizieller Agenturen aller vier Staaten im Interesse des Pressebetriebes und insbesondere zwecks Ausnutzung der drahtlosen Telegraphie.

Die Landwirte beim Ministerpräsidenten.

Warschau, 16. Juli. In vergangener Woche hat Ministerpräsident Grabbski in Gegenwart des Ministers Janicki eine Delegation von Bauernabgeordneten im Sejmgebäude empfangen. Diese Delegation berührte die Frage der Preise für landwirtschaftliche Artikel, der ungewöhnlich hohen Frachtkosten und wandte sich gegen die Versorgung des Militärs mit Lebensmitteln unter Hinzuzeichnung von Vermittlern.

Minister Janicki erklärte, daß das im Sejm beschlossene Gesetz über die einstweilige Regulierung der Börsverhältnisse die Frage der Ausfuhr von Getreide ins Ausland in bedeutendem Maße löst, was auf die Preisregulierung einen entsprechenden Einfluß ausüben wird. Beziiglich des Eisenbahntariffs sagte der Minister, daß er sich Mühe gebe, ihn sobald als möglich zu ermäßigen.

Ministerpräsident Grabbski erklärte, daß er während der Sejmferien die Landwirtschaftsangelegenheiten im Auge behalten und dafür sorgen werde, die in der Landwirtschaft vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen, um der Landwirtschaft eine allseitige Entwicklung zu ermöglichen.

Deutsches Memorandum an Macdonald.

Der Londoner Korrespondent des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes teilt Einzelheiten aus einem Memorandum mit, das dem englischen Ministerpräsidenten von der Reichsregierung am Mittwoch überreicht sein soll. In dem Memorandum soll die deutsche Regierung die Festsetzung einer Frist für die Räumung des Ruhrgebietes und für die Räumung des Einbruchsgebietes fordern, sowie darauf bestehen, daß mit dem nächsten Jahre die Räumung des linken Rheinufers beginne. Hierzu wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die deutsche Regierung zwar Gelegenheit genommen habe, sowohl der englischen als auch den alliierten Regierungen ihren Standpunkt in den verschiedenen zur Erörterung stehenden Fragen auseinanderzusetzen. Die Mitteilung des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes gibt aber von der Stellungnahme der Reichsregierung kein richtiges Bild.

Der amerikanische Konsul in Teheran ermordet.

Aus Teheran wird gemeldet, daß der dortige amerikanische Konsul ermordet worden ist. Der Konsul wurde von der fanatischen Menge angegriffen, als er in Begleitung eines eingeborenen Konsularbeamten einen Brunnen photographieren wollte. Es kam zu Zusammenstößen zwischen der Menge und der Polizei. Ein Polizeioffizier und sechs Polizeibeamte wurden verwundet.

Republik Polen.

Behnständige Arbeitszeit.

Kattowitz, 20. Juli. Nachdem die Regierung auf Grund der Untersuchungen der interministeriellen Kommission die Verlängerung der Arbeitszeit in Oberösterreich als unbedingt notwendig anerkannt hat, ist für alle Kategorien oberösterreichischer Hütten, also Eisen-, Birk- und Bleihütten, von der Regierung im Verordnungsweg eine Verlängerung der Arbeitszeit um 2 Stunden zugelassen worden.

Nene kommunistische Bandenüberfälle.

Warschau, 19. Juli. Wie gemeldet wird, sind in den letzten Tagen wieder Bandenüberfälle vorgekommen, und zwar im Bezirk Dubno und anderen Städten der Ostwojewodschaften. Im Bezirk Dubno hat eine aus Russland stammende Bande ein Forsthaus überfallen und den Förster mit seiner Chefin aufgehängt. Die seitens der Polizei organisierte sofortige Verfolgung stellte fest, daß die Bande aus ca. 30 Köpfen bestand und bereits teilweise auf hierzu gewaltsam weggenommenen Wagen nach Russland zurückgekehrt ist. Ein Teil zerstreute sich auf polnisches Gebiet und es ist möglich, daß er aufgegriffen wird. Diese Überfälle scheinen mit den, bei den in Warschau bei verhafteten Kommunisten aufgefundenen Dokumenten, im Zusammenhang zu stehen.

Wie aus Wilna gemeldet wird, übertritt am 19. d. M. eine aus etwa 30 Menschen bestehende Bande die polnische Grenze und macht einen Überfall auf das Städtchen Wyżniewo der Gemeinde Wołczyn. Die Bande führt ein Maschinengewehr mit sich. Innerhalb weniger Stunden wurde die Stadt vollkommen ausgeraubt. Das geräuberte Gut wurde auf fünf gestohlene Fuhrwerke geladen und in das Ausland abtransportiert. Der Überfall wird als einer der größten bezeichnet, die im polnischen Grenzgebiet bisher verübt wurden.

Ein polnisch-deutscher Handelsvertrag.

Wie der "Pragelad Wieczorny" erfährt, sollen binnen kurzem Verhandlungen über einen deutsch-polnischen Handelsvertrag beginnen. Angeregt wurde diese Angelegenheit von deutschen Wirtschaftskreisen, und polnische Wirtschaftskreise erkennen gleichfalls die Wichtigkeit des Abschlusses eines solchen Vertrages an.

Niedrige des Ministers Olszewski.

Minister Antoni Olszewski, der Vorsitzende der polnischen Delegation in der gemischten Reevalutionskommission in Moskau, ist von seinem Posten zurückgetreten und hat die Leitung der interministeriellen Kommission für die Verhandlungen, die sich aus dem Nicaer Traktat ergeben, übernommen. Auf diese Weise verlässt Olszewski nicht den Kontakt mit der Delegation, die er drei Jahre lang geleitet hat. Zum Vorsitzenden der polnischen Delegation in der gemischten Reevalutionskommission in Moskau wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Dr. Kunze, ernannt.

Polnisch-Danziger Verhandlungen.

Die am 11. Juli unter dem Vorsitz des Delegierten des Völkerbundes August Weiler aus Mainz begonnene Verhandlungen zwischen Polen und Danzig wurden am 18. d. M. zu Ende geführt. Die Verhandlungen befragen den Schutz der privaten Interessen Danziger Bürger in Polen, und in den wichtigsten Punkten kam es zu einer Verständigung, wodurch die betreffenden strittigen Fragen liquidiert wurden. Mit einigen Fragen, über die man sich nicht verständigen konnte, werden sich die entsprechenden Instanzen des Völkerbundes zu beschäftigen haben, sofern inzwischen ein direktes Einvernehmen nicht zustande kommt.

Für den staatlichen Waldbesitz in Polen

wird nach einer Verfügung des Präsidenten der Republik in Nr. 56 des "Dziennik Ustaw" ein selbständiges staatliches Unternehmen mit besonderen Statuten geschaffen, das den Namen "Polnische Staatswälder" führen soll.

Aus anderen Ländern.

Unionistische Bestrebungen in England.

Wie aus London gemeldet wird, macht die "Times" die innere Politik Englands wichtige Mitteilung, daß auf Grund eines Beschlusses führender Konservativer bald in einem Begriffe sei, in öffentlicher Rede mitzuteilen, daß die Konservativen eine Kooperation mit der liberalen Partei oder mit einem Flügel der liberalen Partei begrüßen würden. Dies bedeutet zwar keine Koalition, doch gebe es eine Anzahl Liberaler, die meinen, daß die Zeit gekommen sei, einen energetischen Kampf gegen den Sozialismus aufzunehmen. Man werde auch demnächst Sir Robert Horne und Churchill auf einer gemeinsamen "Plattform" bei einer Veranstaltung in Edinburgh vorfinden.

Die Singaporesfrage im Oberhaus.

Im englischen Oberhaus haben dieser Tage die Vertreter der Regierung Lord Haldane und Lord Holmsford im Hinblick auf die Frage der Singaporer Flottenstation Erklärungen abgegeben. Lord Holmsford, der Führer der Admiraltät, sagte, daß keinerlei Änderungen in der Politik angekündigt werden würden. Man hätte die Situation von Anfang an auf das genaueste geprüft und das Ergebnis dieser Bemühungen wäre, daß eine Änderung der eingeschlagenen politischen Richtung nicht möglich wäre. Lord Haldane äußerte sich dahin, daß man gegenwärtig nicht daran denken könne, einen Flottenstützpunkt in Singapur zu bauen, der lediglich zur Defense bestimmt wäre. Es würde zwar Australien und Neuseeland ein großes Maß von Sicherheit geben, aber dies lasse sich mit der gegenwärtigen Politik der Regierung nicht vereinbaren und die allgemeine Politik der Regierung wäre derartig, daß die Singaporesfrage sehr viel weniger wichtig wäre, als sie manchen erscheine. Die Regierung müsse auf diesem Standpunkt bleiben und mit ihm stehen oder fallen.

Fliegerunfälle in der Tschechoslowakei.

Prag, 18. Juli. Die Fliegerunfälle in der Tschechoslowakei häufen sich in erschreckender Weise. Heute hat sich abermals ein grauliches Fliegerunglück ereignet. Bei einer Flugübung erlitt heute früh ein Militärschwader vom Flieger-Regiment Nr. 1 anlässlich einer Notlandung bei Horizont nördlich Budweis eine Havarien und verbrannte. Der Pilot Oberleutnant Krečan und der Beobachter Leutnant Bondráček wurden als verkohlte Leichen geborgen.

Bromberg, Dienstag den 22. Juli 1924.

Pommerellen.

21. Juli

Graudenz (Gründzibz).

Der Sonnabend-Wochenmarkt war sehr reich beschickt. Es fällt in letzter Zeit auf, daß die Belieferung von Markttag zu Markttag steigt. Es wurden folgende Preise erzielt: Butter 1,2, Eier 1,2, Glühwein 0,20, junge Kartoffeln 0,05 das Pfund, alte 4 der Ztr., Mohrrüben 0,15, rote Süßäpfel 0,10, Radieschen 0,10, Kohlrabi 0,20, Gurken 0,10—0,50, Blumenkohl 0,50—1, Kopfschmalz 0,20 pro Pfund, Wirsing 0,20, Salatjoghurt 0,05, Spinat 0,25 das Pfund, Rhabarber 0,25, Erbsen 0,25, grüne Bohnen 0,10, Zwiebeln 0,14, das Bündel, Brotzucker 0,50, Tomaten 1,20, Pilze (Nehlfüchsen) 0,25 bis 0,30, Walderdbeeren 1 pro Liter, Blaubeeren 0,20, Himbeeren 0,40—0,60, Stachelbeeren 0,50—0,90, Johannisbeeren 0,20, Kirschen 0,50—0,80 Bl. Hauig frisch gesäuert wurde mit 1,5 Bl. in großen Mengen abgegeben. Der Fleischmarkt zeigte eine bessere Beschickung als seine Vorgänger. Es wurden folgende Preise gezahlt: Ale 1,8, junge Aale 1,10, Schleie 1, Hechte 1,4, Barsche 1, Karpen 1, Blaue 0,40 bis 0,60, Bresen 0,40—0,80, Krebse 0,05 Bl. pro Stück. Der Markt wurde nicht geräumt. Der Gemüselmarkt zeigte reichlich Jungesfrügel. Es wurden gezahlt für junge Hühner pro Paar 2,50—3, junge Tauben das Paar 1,8, Hühner in Federn 8 Bl. Auch der Fleischmarkt war wieder sehr gut beschickt. Es ist ein geringes Anziehen der Preise zu bemerken. Es waren folgende Preise notiert: Schweinefleisch 0,70—0,75, Rindfleisch 0,90, Hammelfleisch 0,80, Kalbfleisch 0,40—0,50, Speck 0,75, Schnitzel 1,80, Kalb 0,90, Klöppelfleisch 0,75 Bl. Die Einspannerfuhr Kleinholtz wurde mit 7—11 Bl. angeboten. Die Preise gingen besonders für manche Artikel ganz bedeutend zurück. Die Verkäufer geben die Erzeugnisse an jedem nur auseinander Preise ab, um nur zu verkaufen.

Der Sonnabend-Schweinemarkt zeigte wieder gute Beschickung. Die Preise für Kerkel sind eine Kleinigkeit in die Höhe gegangen. Man erzielte für Absatzkerkel 9 Bl. das Paar. Bei Läufern und Magerschweinen konnte eine Preisdifferenz nicht bemerkt werden.

Eine oft gerichtete Unsitte. In letzter Zeit wird immer häufiger eine Unsitte bemerkt, durch welche Kostbedeckungen und Kleidung der Passanten gefährdet werden. Auf Balkonen werden am Tage die Pflanzen so reichlich gesogen, daß das Wasser herabstropft. Man bemerkt dieses Gebrächen in den Wohnungen "besserer" Mieter.

Die Reparaturarbeiten an der alten Stadtmauer sind noch nicht beendet. Das schadhafte Gemäuer wird durch Ausstecken der alten Steine und Einsetzen neuer Steine ausgebessert.

Aus dem Kreis Graudenz, 19. Juli. Die späte Linde blüht und die Bienenvölker hatten daher einige Tage gute Tracht. Die Schwarmlust hat nun auch nachgelassen und bei manchen Bienenvögeln fühlten sich die Honigräume. Allerdings werden die Honigerträge weit hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Thorn (Toruń).

Von der Weichsel. Sonnabend früh war der Wasserstand auf 0,88 Meter über Normal aufgestiegen. — Von unterhalb lehrte der riesige Dampfer "Herald" leer zurück. Aus Błogawek kamen zwei Köhne an. Acht der hier liegenden Troschen schwammenstromab weiter.

Das sportmäßige Rudern steht jetzt in Thorn (Toruń) in hoher Blüte. Die biesigen Rudervereine bringen allabendlich eine anscheinliche Flotte aller Bootsgattungen zu Wasser, wodurch der Strom sehr belebt wird. Im Training befinden sich drei Bierermannschaften des "Klub Wie larst?" (poln. Ruderclub), die jetzt damit begonnen haben, sich gegenwärtig Rennen zu liefern. Außerdem trainiert hier der Einerfahrer Pustowski, der bei den Ausscheidungskämpfen zu den Olympischen Spielen den dritten Platz als Skulter belegen konnte. — Auswärtige Ruderer haben, wie gemeldet, bereits das ältere Thorn aufgesucht. Am Sonnabend traf eine Bierermannschaft des Ruder-Clubs "Frithjof" aus Bromberg ein, die nach kurzer Rast die Fahrt nach Ciechocinek fortsetzte. Aus Warschau kamen zwei Herren in einem Ball-Paddelboot vorbei, die sich Bromberg als Endziel gesetzt hatten. Trotz des heftigen Gegenwindes, der die Weichsel hoch aufwühlte und auf der ganzen Strombreite weiße Schaumköpfe hervorrief, setzte das leichte Fahrzeug unbeirrbar seinen Weg fort.

Eine merkbare Abkühlung nach den paar sommerlich heißen Tagen trat am Freitag ein. Die Temperatur war drückend und schwül geworden und dunkle Regenwolken zogen sich rings um die Stadt zusammen. Es gab einen Regen von allerdings nur kurzer Dauer, dem dann in der Nacht weitere Niederschläge folgten. Sonnabend früh blies dann ein kräftiger Westwind und das Thermometer zeigte in der Stadt kaum mehr als 11 bis 12 Grad Celsius. Nachmittags begann sich der Himmel wieder aufzuläuren zur Freude der Landleute, die jetzt gerade mit der Roggenernte beschäftigt sind. Hoffentlich bleibt dem Lande nun gutes Erntewetter bescherzt.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich auf dem Güterbahnhof Thorn-Moder (Toruń-Wokre). Am Mittwoch abend gegen 10 Uhr wurde hier der Kanonier Bawaryniec Orłowski vom Stade der Artillerie-Offizierschule überfahren, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Diebstahl. In der Klosterstraße (Franciszaka) 11 wurden dem Herrn Karol Jaroszewski eine silberne Uhr nebst Kette und ein Paar Stiefele von einem unbekannten Dieb gestohlen.

Der Alkohol hatte neulich Abend einen Handelsmann in solche kriegerische Stimmung versetzt, daß er auf dem Bahnhof Thorn-Moder (Toruń-Mofre) mit den Reisenden Händel anging und festgenommen werden mußte. Das "dicle Ende" in Gestalt eines Strafmandats wird wohl noch nachkommen.

Der Thores Biermarkt am letzten Donnerstag war nur schwach beschickt. Es waren 60 Läuferrichtweine, 88 Ferkel und 9 Ziegen aufgetrieben. Die Preise waren daher durchweg höher als am vorletzten Markttag. Es wurden gezahlt in Groszy für Läufe unter 85 Kilo Lebendgewicht 15 bis 20 (gegen 12 bis 15), über 85 Kilo 25 bis 30 (gegen 18 bis 24) und Ferkel (paarweise) 12 bis 15 (gegen 8 bis 12). Ziegen wurden mit 15 bis 20 Groszy gehandelt gegen 9 bis 15 vor dem.

In Neuenburg (Nowe), 21. Juli. Entgegen den hier umlaufenden Gerüchten, daß die Stadtverordnetenwahlen um einige Wochen verschoben wären, möchten wir darauf hinweisen, daß die Wahllokale vom 15. bis 30. Juli im hiesigen Maistratsraume ausliegen, und es kann nur dringend empfohlen werden, daß sich die Wahlberechtigten bis zum festgenannten Tage von der genauen Aufnahme ihres Vor- und Familiennamens und Geburtsdatums überzeugen.

Fahrplan.

(Gültig vom 1. Juni 1924 ab)

Von Thorn Hauptbahnhof nach:

Bromberg	230*	450	600	920	1140	220*	300
	550†	900	1100	420*			

bis Danzig

† über Schneidemühl nach Berlin

Warschau	212	256	550	840†	1100*	120	225
	720†	1100†					

nur vom 1. 6. bis 15. 10.

† nur bis Ciechocinek ohne Umsteigen in Alexandrowo.

Posen	422	515	810	227	720*	940†

Umsteigen in HohenSalza

† In HohenSalza in Schnellzug umsteigen

Schönsee	100	740*	240	550

Transit-Zug Berlin-Insterburg

Graudenz	52*	1055	200	428	922

Nur bis Culmsee

Gebilitz (ab Thorn-Moder)	51	185					

Scharnau - Unislaw (ab Thorn-Moder)	245	nach Scharnau
	205	" Unislaw

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

Befreiung von den Zollgebühren.

Wie aus Warschau gemeldet wird wurde kürzlich, entsprechend einem Schmiedehaus, eine Verordnung des Finanzministers und des Ministers für Handel und Industrie erlassen, nach welcher Gegenstände vom Zoll, die zum direkten Gebrauch bestimmt sind, während ihres Aufenthalts innerhalb des polnischen Zollgebiets dienen, vom Zoll freit, unter gleichzeitiger Befreiung von der Zollrevision. Der Befreiung von Zoll unterliegt ferner die Wohnungseinrichtung des diplomatischen Personals, das innerhalb eines halben Jahres, vom Tage der Akkreditierung an gerechnet, eingeführt wird, wobei dieser Termin bis zu einem Jahre verlängert werden kann, sowie die Wohnungseinrichtung des Konsulatspersonals, das unter den Beamten fremder Staaten ernannt wird, sofern die Einrichtung im Laufe von drei Monaten vom Tage ihrer Ankunft an gerechnet, eingeführt wird.

Außerdem sind frei vom Zoll alle Art Sendungen, die zum persönlichen Bedarf des diplomatischen Personals dienen, und zwar innerhalb eines Jahres in einer Höhe bis zu 6000 Zloty für den Botschafter, 4000 Zloty für den außerordentlichen Gesandten, bevollmächtigten Minister, bis 3000 Zloty für den residierenden Minister und Charge d'affaires, bis 2000 Zloty für die Räte, Sekretäre und Attachés und bis zu 500 Zloty für alle anderen ständigen Beamten der ausländischen Vertretungen und Missionen, sofern sie fremde Staatsangehörige sind.

Tutanchamons Möbelspeicher.

Man hat die Vorkammern des Grabes Tutanchamons mit einem Möbelspeicher verglichen: es fand sich ja so ziemlich alles, was zur Ausstattung eines ägyptischen Hauses gehört, von den weißen, mit Deckeln versehenen Holzschüsseln für Fleischwälle bis zum Blumenbuffet. So sind die Funde für die Geschichte des Kunstgewerbes und der Lebensformen von hoher Bedeutung. Der früher in München wirkende Ägyptologe Prof. F. W. v. Bissing, der in der "Decorativen Kunst", die Bedeutung schildert, erklärt dabei die Entwicklung der Mumie für eine wissenschaftliche Notwendigkeit. Denn man hat noch kaum eine unberührte Königs-mumie mit all ihren Amuletten gefunden. Hier kann auch neue religiöse geschichtliche Erkenntnis gewonnen werden. Wird die Mumie aber, wie es jetzt nach Aufschüttung des Grabes geschieht, im Sarg untersucht, gelassen, dann werden nach den bisherigen Erfahrungen auch die stärksten Gitter die heimischen Grabräuber nicht abhalten, die Leiche zu schänden. Das jetzige Vorgehen gegen Carter führt Bissing auf die Ränke des französischen Ägyptologen zurück, der die ägyptische Regierung gegen die englischen und amerikanischen Forscher aufzubringen verstanden hat. Bissing schreibt, Herr Lacan werde es zu verantworten haben, wenn so die Wissenschaft unermesslichen Schaden nimmt...

Unter den kunstgewerblichen Funden hebt Bissing große Grabsterze hervor: schlank Amphoren, umrahmt von Papyrusstäben, die aus Blättern aufgespielen — die Symbole des Nordens und des Südens. Hier erscheint schon das Bestreben, die durchbrochene Arbeit so in ihren einzelnen Teilen zu verbinden, daß sie das Gefühl der Verbrechlichkeit entsteht. Der Gott der langen Lebensjahre, der über den Totusblüten einer Schale im Kestork, der alten Säulenform schwelt, erscheint auch innen an der Rückenlehne eines Stuhles. Dieser Stuhl, mit Löwenfüßen, ohne Seitenlehnen, kommt ähnlich im Grabe der Eltern der Gemahlin Amenophis III., der Urgroßeltern Tutanchamons, vor, ebenfalls im Tal der Könige. Man hat den Eindruck, daß etwa in den 80 Jahren seit der Beisetzung jener Alten die Normen des ägyptischen Kunstgewerbes üppiger, die Ausstattung überladener geworden ist, daß aus der Pracht der Väter weithin Genußsucht wurde.

So ist der Prunkstuhl des Königsgrabs kein Thron. Wir wissen aus vielen Darstellungen aus der Zeit Tutanchamons selbst, daß ein Thron ein fastenförmiger Sitz mit kurzer Rückenlehne auf hoher Estrade war. Der Lehnsstuhl aus Tutanchamons Grab aber gleicht ganz dem Sitz des Sitzes, auf dem wir den König auf dem Sitz der Rückenlehne niedergelassen sehen: Löwenbeine mit den üblichen gebrochenen Klößen darunter tragen den Sitz, zwischen den Beinen war über einen erhaltenen Rahmen auf allen vier Seiten ein Gewinde der Wappenzügel von Nord und Süd mit dem Zeichen der Vereinigung in der Mitte gespannt. Grabräuber haben in alter Zeit hier und sonst diese vergoldeten Hierate ausgebrochen in dem Glauben, sie seien lauter Gold. Nur bei einem verhältnismäßig anspruchsvollen Hocker sind diese Pflanzen, die technisch dem Stuhle größere Festigkeit geben, erhalten. Die Rückenlehne des Prunkstuhles ist mit dem Bild des schindenden Königs, den die Königin hofiert, geschmückt. Das Goldbrokatpolster liegt sich weich über Lehne und Sitz. Die Rückenlehne steht schräg, so daß sie ein angenehmes Zurücklehnen erlaubt. Eine freundliche Rückfläche für müde Menschen, die unfehligen Stühle meist leider vernachlässigen. Hinten aber ist auf dem Sitz ein senkrechter Rahmen mit breitem Mittelholz befestigt, der dem Ganzen einen natürlichen Halt gibt.

Zwei einzelne Funden klären alte Streitfragen. Da eine Anzahl von Schmuckgegenständen in einer umständlichen Erzählmethode etwas dem Millefioriplate Ähnliches zeigen, muß diese Technik selbst um 1400 v. Chr. noch unbekannt gewesen sein. Ferner fanden sich Kerzen zur Erleuchtung der Kammern — das älteste bekannte Beispiel. Ein aus drei Maschen zusammengeschlossener Docht steckt in einem kleinen Ölbehälter, und dieser wird von dem mit Armen versehenen Lebenszeichen getragen.

Englische Feste.

In der Albert Hall schienen sich kürzlich anlässlich des Heart of Empire-Ball die schönsten Frauen Europas und der Übersee versammelt zu haben. Seltens noch hatte man so plaudert ein Gewährsmann der Wiener "Neuen Freien Presse" einen solchen Glanz, eine solche Pracht und solchen Luxus in der Entfaltung der herrlichsten Tüllketten und exotischen Kostüme gesehen. Dem Zuschauer mußten sich die große Macht, der Zauber und Reichtum des Königreiches und seiner Kolonien offenbaren. Die königliche Loge strahlte im Glanz von unzähligen wertvollen Juwelen. Die Königin von Spanien, die dem Beste bewohnte, trug ein wundervolles Kleid, das über und über mit Diamanten und Saphiren besetzt war. Die Herzogin von York, in weißer Seide, beugte ihr dattiges Haupt unter der Last einer Tiara aus den kostbarsten Edelsteinen. Ein farbenprächtiges und von Juwelen strohendes Bild boten die vielen indischen Fürstlichkeiten mit ihrem Gefolge. Das Fest war als eine Schau aller unter der britischen Krone vereinigten Reiche und Länder gedacht. Aus diesem Grunde präsentierten sich die vielen ausländischen Gäste in ihren Nationalkostümen, deren Wert, sowohl historisch als auch durch das Material, ein unendlicher ist. Die symbolische Darstellung des Reiches, der Höhepunkt der Veranstaltung, mutete wie ein historisches Gemälde an, das völkisch zum Leben erwacht. Die Träger der ältesten Adelsgeschlechter Englands stellten die einzelnen Reiche und Kolonien vor. Einen originellen Einfall hatte die Gruppe der Südsafolksonne. In ihrer Mitte führte sie eine riesengroße elektrisch beleuchtete Austernschale, in der ein großes blondlockiges Kind saß. Das Fest war für London eine Sensation und das Tagesgespräch. Denn die Themse-

stadt hatte noch nie einen solchen Glanz von Diamanten, Perlen, Rubinen und anderen Juwelen aller Art gesehen, wie auf dem Heart of Empire-Ball.

Knapp vorher hatte die Londoner Gesellschaft Gelegenheit, ein zweites Fest zu bewundern. Die romantische Landschaft von Sissinghurst Castle, Garsford, der Sitz von Sir William und Lady Emily Hart Dyke, war der Schauplatz einer wunderbaren Darstellung der geschichtlichen Ereignisse der Grafschaft Kent. Das Programm des Festes enthielt Episoden aus der Geschichte des Landes, angefangen von der Eroberung durch die Römer bis in unsere Tage. In der idealen Landschaft des Schlosses mit dem mächtigen Schloßtor als Hintergrund wurden die 14 Bilder des Festspiels mit großem Erfolg aufgeführt. Nach dem von Mrs. Stanley Johnson mit leidenschaftlichem Ausdruck gesprochenen Prolog (dem einzigen gesprochenen Teil der Vorführung) folgten pantomimische Szenen aus der Invasion der Römer, Angelsachsen, Dänen und Normannen, in denen die Geschichte vergangener Tage auf das lebendigste dargestellt wurde. Andere Episoden entwiesen die Gebräuche der Druiden, die Pilgerfahrten nach Canterbury, das "Merry old England" der Königin Elisabeth und die Schmugglerzäsuren von Hawkhurst. Das Programm brachte als Schlussapotheose alle berühmten Frauen der Geschichte auf die Bühne.

Seltsame Gäste.

Wien, 17. Juli.

Aus den weitgeöffneten Fenstern des Finanzministeriums in der Himmelpfortstraße erscholl gestern mittag, so erzählt die "N. Fr. Presse", im Chorus der Ruf: "Wir haben Hunger! Wir haben Hunger!" Erstaunt blickten die Vorübergehenden empor, außerstande, sich den merkwürdigen Vorgang deuten zu können. Es wäre ihnen vielleicht verständlicher gewesen, wenn eine derartige Demonstration vor dem Hause stattgefunden hätte, wenn vom Steuerfiskus gar zu hart Angefaßte verucht hätten, derart das steinerne Herz der Finanzverwaltung zu erweichen, sie zur Milde und Nachsicht zu bestimmen. Wer ruft aber aus dem Savoyenpalast heraus: "Hunger, Hunger?" Um die vierte Nachmittagsstunde kam für die Neugierigen des Nächts Lösung.

Die Tore des Ministerialgebäudes öffneten sich weit und in geschlossenem Zug kamen Blinde, Verkrüppelte, Einarmige, Einbeinte, Bittere und andere hemmleidenswerte Dämmergestalten, heranmarschiert kann man nicht gut sagen, gehumpelt, gestolpert, auf Krücken gestützt oder gar von einem Besserbeweglichen am Arm geführt: Kriegsinvaliden, die einen Handstreich gegen das Ministerium ins Werk gesetzt hatten, um so Erfüllung seit langemanhänger Forderungen zu erzielen. In Erinnerung an die Taktik, die sie im Schützengraben gelernt hatten, waren sie morgens so unauffällig und in so kleinen Gruppen, aber doch gleichzeitig genug bei allen vier Toren ins Haus gekommen, daß sie im Vorraum des Ministeriums standen, ehe auch nur ein Versuch unternommen werden konnte, sie aufzuhalten.

Und einmal da angelangt, ließen sie sich in den schweren Barocktafeln nieder, belegten die Sofas mit Bettzeug,

zündeten eine Zigarette an oder setzten gar die Pfeife in Brand und warteten auf den Herrn Minister, um Aug in Ang ihre Ansprüche zu erneuern. Ein seltsames, vordem vielleicht noch nie geschautes Bild vermochten die hohen fassierten Spiegel aufzufangen, die diese Räume zieren. Die Polizei tat, was in einem solchen Falle wohl das Klügste war. Sie stellte sich nicht auf den Standpunkt, hier liegt nackter Haussiedensbruch vor und darum: Gewalt gegen Gewalt! Sonder hier sind Schwerkranken, schonungsbedürftige Leute, deren erbarmungswürdiges Schicksal sie in gewissem Maße über die Frage hinausgehoben hat, welche Methoden im Kampfe gegen den Fiskus zulässig sind und ob die obersten Verwaltungsorgane derart unter Druck gestellt werden dürfen. Durch diese Behandlung verlor die Demonstration viel von ihrer Schärfe, wurde augenblicksweise, man könnte fast sagen, gemüthlich, Witzworte flatterten auf und lästig kräftiges Lachen aus. Der Minister war aber zunächst dienstlich verhindert, mit den Invaliden zu sprechen. An anderem Ort hatten die Pensionisten eine ähnliche Forderung an die Regierung gestellt, wie sie in der Himmelpfortstraße erhoben wurde. Woher also nehmen, wenn der Staat selbst in der Rolle des Bittstellers aufzutreten geneigt ist? So wurde es Mittag. Das Haus zu verlassen, um irgendwie den Hunger zu stillen, wagten die Demonstranten nicht, in der wohlgebrüderlichen Annahme, sie würden bei ihrer Rückkehr die Tore des Palais einbrüchlicher verschlossen finden. So verfiel man auf die Idee, durch Fenster hinauszuschreien, wie es einem um Herz und Magen war. Es ist zu hoffen, daß es bald gelingen möchte, die traurige Lage der Kriegsinvaliden zu bessern.

Die Okkupation des Ministerialpalais währt bis 4 Uhr nachmittags. Es war endlich gelungen, die Kriegsinvaliden davon zu überzeugen, daß sie mit ihrem weiteren Verbleiben im Finanzministerium in der Sache selbst nichts erreichen würden, und daß es daher das Klügste sei, den Rückmarsch anzutreten. Sachlich ist zu bemerken, daß den Invaliden vom Minister die Zusicherung gegeben wurde, daß die Novellierung des Invaliden-Entschädigungsgesetzes noch vor den parlamentarischen Sommerferien erfolgen werde.

Kann die deutsche Flotte bei Scapa-Flow gehoben werden?

Durch die Presse gehen Mitteilungen über die Hebung der bei Scapa-Flow versunkenen deutschen Flotte, die völlig irreführend sind. Es wird von dem bisher günstigen Resultat der Hebung des Schlachtkreises "Hindenburg" gemeldet. Auch das ist unzutreffend. Nach englischen Meldungen liegen, wie die "Frank. Sta." schreibt, die Verhältnisse folgendermaßen: Bereits wurden vor annähernd fünf Jahren bei Scapa-Flow, südlich der Orkney-Inseln, 16 Großkampfschiffe, 8 leichte Kreuzer und 50 Berstörer. Die

Schiffe liegen meistens in einer Tiefe von 120 Fuß. Die britische Admiralität war damals nach den ersten Untersuchungen der Ansicht, daß die Hebung der "Emden", "Baden", "Frankfurt" und "Nürnberg" und die von etwa 20 Berstörern möglich sei, die Hebung der anderen Großkampfschiffe aber die gewaltigen Kosten verbieten. Nun hat die britische Admiralität mit einer Vergnügungsgesellschaft einen Vertrag auf Hebung von nur zwei Großkampfschiffen, und zwar "Hindenburg" und "Senditz" und 24 Berstörern abgeschlossen, die in einer für die Hebung günstigen Lage liegen. Die Gesellschaft ist seit einigen Wochen mit den Vergnügungsarbeiten auch beschäftigt, das Resultat ist bei allen Anstrengungen selbst mit dem von Deutschland abgelierten Riesenschwimmboot mit einer Hebekraft von 4000 Tonnen — gleich null. Der gewaltige "Hindenburg" röhrt sich nicht, er ist bei seiner kolossal Schwere in Sand und Schlick versackt. Fest haben englische Sachverständige eine ganz andere Meinung von der Hebungsmöglichkeit, es wird gesagt, daß die ersten Versuchungen falsch gewesen seien, auch seien die Kosten nicht zu erschwingen und es wird verlangt, die Arbeiten so schnell wie möglich einzustellen, da der ganze Plan völlig zwecklos sei! Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die deutsche Besatzung damals alles getan hat, um die Hebung der Schiffe unmöglich zu machen; sie hat z. B. alle wasserdiichten Schotten aller Schiffe zerstört, so daß sie bei der Hebung nicht geschlossen werden können; die Schotten an schleifen oder wiederherzustellen, sei ganz ausgeschlossen. Die Sachverständigen fordern eine Unterwasser sprengung, soweit die Brüder ein Hindernis für die Schiffahrt bilden. Das übrigens die Hebung der gesamten deutschen Flotte lange Fahrzeuge dauern würde, geht schon daraus hervor, daß sich die Vergnügungsgesellschaft für die Wiederflottmachung nur der besagten beiden Großkampfschiffe und der 24 Berstörer eine Zeit von mindestens acht Jahren (1) ausbedungen hat.

Kleine Rundschau.

* Massenerkrankungen in Görbersdorf. In den Dr. Brehmerschen Lungengehüllstätten in Görbersdorf, in Schlesien sind nach dem Genuss einer Erdbeerspeise schwere Erkrankungen unter Vergnügungserhebungen aufgetreten. Der Oberarzt der Anstalt Dr. Rose ist bereits an den Folgen der Vergiftung gestorben. Von der Erkrankung sind bis jetzt insgesamt 228 Personen betroffen, davon 190 Kranke und 38 Angehörige und Ärzte. Die Erkrankungen begannen mit fiebhaftem Darmfieber. Über den aufsehenerregenden Vorfall werden folgende Einzelheiten bekannt: Den Patienten und den gesamten Angehörigen war eine Erdbeerspeise als Nachtisch gereicht worden. Kurz danach erkrankten die ersten Personen. Die Speise war während der Nacht in Kühlräumen untergebracht worden. Dort scheinen Bärlauchtrüger und zwar ähnlich wie sie bei Fleisch- und Wurstvergötterungen in Frage kommen, in die Erdbeerspeise eingedrungen zu sein. Das Medizinaluntersuchungsamt in Breslau hat die Untersuchungen darüber noch nicht vollständig abgeschlossen. Die Erkrankungen nahmen in kurzer Zeit einen erheblichen Umfang an und sehr bald starb dann der langjährige Oberarzt der Anstalt Dr. Rose. Die übrigen Heilanstalten von Görbersdorf entstanden unmittelbar nach dem Bekanntwerden Ärzte und Personal. Aus Breslau fuhr der Direktor der Universitätsklinik für innere Krankheiten nach Görbersdorf, um die ärztlichen Ermittlungen aufzunehmen und die Rettungsmaßnahmen in die Wege zu leiten. Der größte Teil der Erkrankten befindet sich zurzeit auf dem Wege der Besserung. Schwer erkrank liegen ungefähr noch 80 Personen darunter. In Breslau hat gestern nachmittag eine Sitzung aller zuständigen Medizininstanzen stattgefunden. Über die letzten Untersuchungen der Vergiftung sind noch Ermittlungen im Gange.

Am Donnerstag fand unter dem Vorstoß eines Vertreters der Regierung eine Sitzung der beteiligten Instanzen in der Anstalt statt. Es wurde festgestellt, daß irgendeine Verschulden überhaupt nicht in Frage kommt. Es handelt sich um einen unglücklichen Zufall, wie er sich leider in jedem Jahre mehrfach, wenn auch in kleinerem Umfang, ereignet. Vielleicht spielen Münze und Natur urtümlich eine gewisse Rolle. Inzwischen ist noch der 79 Jahre alte Bademeister Wilhelm Käteff in der Bremerischen Anstalt an den Folgen der Vergiftung gestorben.

* Das Findelkind im Inn. München, 16. Juli. ("Berl. Tagebl.") Aus dem Inn wurde eine Elfe aufgefischt, in der ein dreiwöchiges Kind gebettet war. Der weibliche Moses, dessen kostbare Säuglingswäsche und goldenes Haarschleife auf gute Herkunft schließen läßt, legitimierte sich durch einen Zettel folgenden Vorlaub: "Josephine heißt ich, keinen Vater weiß ich, Meine Mutter muß eine Jungfrau sein. Drum muß ich in die Elfe rein." Wie lange die Elfe schon im Wasser trieb, konnte nicht festgestellt werden. Ein Wasserarbeiter in Schärding hat den Säugling an Kindes statt angenommen.

* Große Waldbrände an der pazifischen Küste. Man meldet aus San Francisco, daß an der ganzen pazifischen Küste Waldbrände ausgebrochen seien. Der Schaden wird bereits auf mehrere Millionen Dollar geschätzt. Nach den letzten Meldungen nehmen die Brände an Ausdehnung zu.

Verlangen Sie überall

auf der Pelle, im Hotel, im Restaurant,

im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

**Das beliebte Familien-Lokal
A. Twardowski**
Gegründet 1884 Dluga 12 Telefon 130
ist vollständig renoviert!

Ausgezeichnete kalte u. warme Küche || Mittag- u. Abendtisch
in reicher, erlebener Auswahl

(neue Küchenleitung) 1898

Täglich Künstler-Konzert

Kapelle Gebr. Jakubowski

Vorzügliche 21erWeine (auch glasweise)

Echte und hiesige Biere.

Um regen Zuspruch bittet ergebenst

Oswald Rohnke.

Royal

Konditorei und Café

ulica Gdanska 165.

Neute, Montag, d. 21.7.24:

Groß. Konzert

des Herrn Kapellm. W. Jędrychowski.

Von 10 Uhr ab: 1903

Dancing

Raune
Puppen-celluloidbruch
auch einzelne Teile
zum Einrich melden.
Barfüßerie
Puppen-Klinic
ul. Gdanska 40. 1802

Deutsche Bühne,

Budapest 2. a.

Freitag, d. 25. Juli.

Heiterer Abend

Carl Aliewer, (Vieder)

zur Laute, neue Folge

und Erna Friederich

vom Danziger Stadttheater.

Niedrige Preise

(von 1-3,- zl.). Kar-

tenverlauf ab Dienstag

von 11-1 an der The-

aterlasse. (Siehe auch u. "Veranstaltg.") 1903

Bromberg, Dienstag den 22. Juli 1924.

Das Heimatrecht der Deutschen in Westpolen.

Die Entwicklung des deutschen Anteils an der Bevölkerung und dem Grundbesitz in den an Polen abgetretenen Gebieten.¹⁾

Von Professor Manfred Laubert.

Von der polnischen Regierung und von der polnischen öffentlichen Meinung werden die zahllosen Maßnahmen, die von polnischer Seite in den letzten Jahren zur Entdeutschung der an Polen abgetretenen alten deutschen Provinzen getroffen wurden, mit der Behauptung moralisch begründet, daß das Deutsche im jetzigen Polen nicht alteingesessen, sondern zum größten Teil durch die Politik der preußischen Regierung während der anderthalb Jahrhunderte preußischer Herrschaft ins Land gebracht worden sei. Auch bei dem jetzt eingebrochenen Entwurf des polnischen Agrargesetzes ist diese Behauptung wieder herangezogen worden. Ich bin deshalb gebeten, mich gutachtlich zu der Frage zu äußern, ob und in welchem Umfange das Deutschtum in den an Polen abgetretenen Gebietsteilen durch Maßnahmen der Regierung ins Land gebracht worden ist, oder ob vielmehr das Deutsche in diesen Gebieten sich nach historischem Recht als alteingesessen und damit heimatberechtigt betrachten darf.

Die nachfolgende Untersuchung beginnt nicht erst mit der ersten Besitznahme polnischen Gebietes, sondern schon mit der Besitznahme Schlesiens durch Friedrich den Großen. Es ist deshalb erforderlich, weil die polnischen Darstellungen von den Germanisierungsmethoden Friedrichs des Großen sich zumeist gleichmäßig auf seine Politik in Schlesien wie auch in Westpreußen und im Neogau erstrecken.

Schlesien war bereits im 13. Jahrhundert völlig deutsch.²⁾ Erst unter dem Einfluß der weite Gebiete verödenden Hussitenkriege vollzog sich ein teilweise Rückgang, weil sich die Deutschen unter den verschlechterten Lebensbedingungen nicht halten konnten und die kulturell rückständigen Slaven in die leer gewordenen Plätze nachdrängten. Unter den Habsburgern war schon aus konfessionellen Gründen von einer Germanisierungspolitik nicht die Rede, ja, es wurden sogar noch weiterhin viele Deutsche wie die oberschlesischen Bergleute ausgewiesen. Trotzdem fand Friedrich der Große das Land zumeist von Deutschen bewohnt.³⁾

Er hat dann hier wie später in Westpreußen zwar in gewissem Sinne eine Verdeutschung des Restes versucht, aber nicht aus nationalen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen.⁴⁾ Er, der Freund Voltaire und d'Alemberts, war darin ganz ein Kind seiner Zeit, der national und religiös tolerante Aufklärung und des Nationalismus, und vor allem des Mercantilismus. Er wollte seinen Staat peuplieren, um mehr Reituten zu erlangen und materiell

stärken, um mehr Steuern erheben zu können.⁵⁾ Darum wünschte er wie in den alten Provinzen möglichst viele Ausländer in die menschenleeren Neuerwerbungen zu verpflanzen und durch sie zugleich die Polen zur Nachförderung anzuregen.⁶⁾ Natürlich wünschte er diese nicht etwa zu verbringen, hatte er doch zu etwa 50 Prozent Ausländer in der Armee und stellte er doch viele Fremde sogar im Offizierskorps an.⁷⁾ So sah er in Westpreußen die Niederlassung von Tatern ins Auge⁸⁾ und zog als erste Kolonisten aus Böhmen vertriebene Husiten, also Tschechen, nach Schlesien.⁹⁾ Ebenso wünschte er dort Pfälzer angesäß zu machen, um den Obstbau, den „die Schlesier schlechterdings nicht verstehen“ zu fördern.¹⁰⁾ Auch der Adel sollte gegen Gewährung staatlicher Hilfs Gelder bei der Ansiedlung neuer Untertanen Obstgärtner aus der Pfalz berücksichtigen „die den Obstbau und das Trocken der Früchte am besten verstehen“.¹¹⁾ Ganz ähnlich sind ihm Ostfriesländer in der Weichselniederung willkommen, „die den Leuten in der ganzen Niederung das Buttermachen lehren“.¹²⁾ Deutsche, qui exempli sint, wie es in den Urkunden der polnischen Könige heißt, will er also gewinnen. Aus dem gleichen Grunde erscheint ihm die Mischung von Deutschen und Polen ratsam.¹³⁾

Diese Verordnung erwies sich aber sogar auf staatlichem Boden als un durchführbar und war natürlich noch weniger auf städtischem, kirchlichem und adeligem aufrecht zu erhalten.¹⁴⁾ Vielmehr vergab die Regierung vier Kolonien im Oppelnkreis und solche in der Barthsiedlung an Polen oder mindestens Schlesier. Die ohne Zwang einfach unter dem Einfluß der deutschen Kultur sich beständig nach Osten verschließende Sprachgrenze wurde also überhaupt nur auf dem rechten Oderufer gegenüber Brieg durch 8 und an der Bartha durch 11 großenteils von Privatleuten angelegte Dörfer beeinflusst. Sonst hat die Kolonisation den Rückgang des Polentums in keiner Weise gefördert. Dies um so weniger, weil man häufig des Beispiels halber die Aufkommuniste in geringer Zahl mitten unter polnische Einwohner verpflanzt, wo sie als koloniale Inseln binnen kurzem zum Aufgehen in ihrer Umgebung verurteilt waren.¹⁵⁾ Dieser Aussiedlungsprozeß wurde dadurch beschleunigt, daß bei den Ansiedlern nur drei Frauen auf fünf Männer kamen, diese also vielfach Mädchen der polnischen Nachbarschaft heiraten mußten.

Überhaupt hat die staatliche Besiedelung Friedrichs nicht im entferntesten den ihm bisher angeboteten Umfang erreicht, am wenigsten in Schlesien, und war im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung höchst unbedeutend. Die darüber zuerst von Beheim angeführten und dann in alle späteren Darstellungen, auch in Koseks Biographie Friedrichs übergegangenen Zahlen sind durch die athenmäßige Darstellung von Bartsch für Schlesien als unsinnig widerlegt worden.¹⁶⁾ Beheim stützt sich auf die von den Behörden entworfenen, aber nie durchgeföhrten Pläne. Außerdem wollten die Beamten dem Monarchen mit möglichst günstigen Verträgen auftreten und zählten deshalb jeden Aufkommunisten mit, ohne Rücksicht darauf, daß viele wieder wegzogen. In Wahrheit sind vielmehr bis 1786 in Oberschlesien im ganzen nur 16 Dörfer mit 282 Stellen gegründet worden, wovon bloß 111 an Ausländer und 171 an großenteils polnische Oberschlesier ausgelegt wurden. Mit Einfluß der privaten Siebungstätigkeit waren 1786 etwa 3150 Kolonistenfamilien angelegt worden, ohne daß man den Prozentsatz der Ausländer dabei errechnen kann. Das Hauptgewicht wurde aber auf die Schaffung sogenannter Häuslerstellen, also eines Zwergdorfes mit höchstens 20 Morgen gelegt, für den sich natürlich keine Fremden gewinnen ließen. Deshalb mußte man Schlesier der Umgegend hier sesshaft machen. Im Regierungsbezirk Oppeln zählen wir 603 mit staatlicher Unterstützung geschaffene Siedlungen dieser Art von 1763—1786. Nach Friedrichs II. Tod führen die adeligen Besitzer mit der Gründung solcher Etablissements fort, während der Staat bei den finanziellen

Bedrängnis infolge der unaufhörlichen Kriege überhaupt auf eigene Siedlungsversuche verzichtete.

Im übrigen hegte Friedrich der Große den Wunsch, seine polnisch redenden Untertanen mit der deutschen Sprache und dadurch mit der deutschen Wirtschaftswelt bekannt zu machen.¹⁷⁾ Deshalb erhielt er sie zu ihrer Erlernung durch eine Reihe von Bestimmungen, die aber in der Praxis geringen Erfolg hatten.¹⁸⁾ Ein wesentliches Mittel war dabei die Schule, deren Organisation jedoch langsam fortschritt. Zwang lag ihm aber auch hierbei fern. Er forderte von den Lehrern vielmehr durchaus Kenntnis des Polnischen. Das Schulreglement von 1765 gibt darüber bestimmte Vorschriften.¹⁹⁾

Noch weit weniger dachte in den nächsten Menschenaltern die Regierung an irgendwelchen Druck. Die fort schreitende Verdeutschung der Provinz namentlich unter den evangelischen Polen Mittelschlesiens war daher ganz der Erfolg einer friedlichen Durchdringung. Alle regesamen Elemente suchten den Anschluß an das Deutschtum, weil ihnen nur dieses einen Aufstieg ermöglichte.²⁰⁾ Es handelt sich also garnicht um ein nationales, sondern um ein kulturelles Problem, und es siegte natürlich die ältere, entwicklungs fähigere deutsche Kultur, die auch ohne Hilfe der Staats autorität unanrüchig Fortschritte machte, zumindest den oberschlesischen Polen jeder Rückhalt und jede Verbindung mit ihren angeblichen Landsleuten außerhalb der Provinz fehlte. Nicht ein einziges oberschlesisches Volksschul entfallt eine Ansprache auf Polen, nicht ein einziger Ober schlesier trat bei dem Warschauer Aufstand 1830 in die Arme der Infanterie, sondern nur 23 meist deutsche Desertiere, Abenteurer und Geschäftsmänner gingen im Regierungsbezirk Oppeln damals über die Grenze gegen etwa 2300 aus der Provinz Polen.²¹⁾

Die Fortschritte des Deutschtums ermöglichen auch eine weitergehende Verdeutschung der Volksschulen, deren 1824 nur noch ungefähr 20 Prozent ausschließlich polnischen Unterricht hatten. Die Polen selbst haben Vorgang nicht gelehnt. Konzern gesteh, daß die Regierung nicht gewaltsam germanisierte, aber trotzdem in der Germanisierung weiter kam.²²⁾ Um 1840 waren die Städte schon sehr ver deutlich (były już bardzo zniemiezone) und das Landvolk sah im Deutschtum eine „höhere Erscheinung“ (a. a. O.). Der bekannte polnische Geschichtsschreiber Niemejew gesteh 1821 auf einer Reise nach Oberschlesien, daß in den Städten die deutsche Mundart bereits überwog. Schließlich fehlte es an polnischem Nachwuchs für die Beamten- und Lehrerstellen, so daß die Regierung trotz des Grundgesetzes der Zweisprachigkeit, den sie bis 1870 festhielt, diesen in Wirklichkeit nur in Polen bewahren konnte, während in Oberschlesien der polnische Nachwuchs ausging. Insbesondere gab es hier keine polnischen Lehrer.²³⁾

Dieser Annäherungsprozeß wurde erst nach 1848 von der Regierung selbst durch eine königliche Weisung der polonisierung der Volksschulen unterbrochen. Alle Versuche, während der Revolution die oberschlesischen Polen durch eine neu geschaffene Presse und Vereinsgründungen mitzureihen, waren gescheitert. Diese Anläufe waren „nur ein Strohfeuer“.²⁴⁾ Das Volk ging unerschüttert in seiner nationalen Indifferenz aus dem tollen Jahr hervor. Aber nun wurde der polonisierte Schulrat Bogeda in von Polen nach Oppeln versetzt, der nach eigenen Worten es sich zur „Aufgabe seines Lebens und Wirkens gemacht, gerade die sprachlichen Rechte des Volkes zu vertreten“ und die Pflege der dort lebenden sprachlichen Elemente „als die größte und schönste Aufgabe seines amtlichen Wirkens“ betrachtete und das Germanisieren „dem sanften Einfluß

¹⁾ Bgl. Edikt vom 10. November 1773, wo er die deutsche Sprache eines der Hauptmittel für die Befreiung der dortigen Einwohner nennt. (Zimmermann, I, S. 269.)

²⁾ Mehrere Fälle bei Zimmermann, II, S. 169, 171 und 173.

³⁾ Konzern, S. 486; Friedrich II. forderte zwar von den Behörden geläufige Beherrschung des Deutschen, bemerkte aber schon 1768 ausdrücklich, daß sie auch polnisch könnten müssen, da sie sonst die Schulen nicht fördern könnten. Auch waren die oberschlesischen Elementarschulen bis zum Kulturland von Bismarck zweisprachig, deutsch und polnisch. Die Verpflichtung zur Zweisprachigkeit bewirkte, daß die Lehrerstellen den Polen geöffnet blieben und sich unter die polnische Bevölkerung keine deutschen germanisatorischen Pädagogen eindrängen konnten. (Obowiązek znajomości obydwóch języków sprawiał, że otwarły się dla Polaków posady nauczycielskie i nie mogli się wdzierać między polską ludność niemieccy nauczyciele germanizatorzy.) Bereits 1756 verlangte Bommers Vorgänger, Graf Schlabendorff, utraquistische Lehrer für nur polnisch redende Dörte. (Zimmermann, I, S. 265.) Friedrich hat nie sogar bemüht, aus Oberschlesien polnische Lehrer nach Westpreußen zu ziehen, also solche nicht etwa verhat. Auch nach 1815 versuchte die Regierung, oberschlesische Kräfte für Polen zu gewinnen, da sie wußte, daß diese Leute völlig loyal waren und die Provinz Polen keine Anwärter stellte; der Versuch gelang aber nur selten, denn es ergab sich immer, daß diese Männer sich mit ihrem Dialekt in Polen nicht verständlich machen konnten.

⁴⁾ Von dem ebenfalls nach Polen geholten Gymnasialdirektor und Schulrat Breitner berichtet sein Landsmann Moty, daß jener in seiner Jugend nur polnisch gesprochen habe, sich dann aber gänzlich änderte, wie fast alle Ober schlesier, die sich aus niedrigen bürgerlichen Verhältnissen auf einen höheren Standpunkt heraufzuarbeiten vermochten, und in Polen erst wieder polnisch lernen mußten. (Spaziergänge nach der Stadt Polen. Polen 1891 polnisch. Bd. V, S. 210.) (Jak prawie wszyscy Górnosłazacy, którzy się z poziomem stosunków domowych na wyższe szczeble wdrażać zdolali.)

⁵⁾ D. Lüttje angegeben in der „Ostdeutschen Morgenpost“ vom 22. November 1922. Ebenso ist für die Aufstände von 1846, 1848 und 1863 nicht ein Fall wirklich nachweisbar, daß ein polnisch sprechender Ober schlesier den Aufständischen freiwillig zu Hilfe gekommen wäre.

⁶⁾ S. 490: Rząd pruski nie germanizował gwałtownie, ale umial germanizował.

⁷⁾ Ludomir: In der Vertheidigung des oberschlesischen Siedlungsgebietes. Bromberg 1918 (polnisch) S. 81: Rząd pruski w pierwscratch połowie XIX wieku na pozór bardzo względnie prawnie wobec Polaków politykę (befolka den Polen gegenüber eine sehr riadlietische Polityk). W szkole, w sądownictwie i w administracji panowała sprawiedliwa zasadą dwujęzyczności. Ale w praktyce stosowano ją tylko w Ksztewie Poznańskim; na Górnym Śląsku brakowało poproszu urzędników dwujęzycznych. W szkole na przykład miało być nauka po polsku, lecz nie było nauczycieli (in der Schule z. B. sollte polnischer Unterricht stattfinden, aber es gab keine Lehrer.)

⁸⁾ Das Siedlungsgebiet des Königs zählten 1905 in Oberschlesien 77, in Westpreußen 56, im Neogau 50% polnisch sprechende Bewohner. (Zimmermann, II, S. 334 ff.) In Westpreußen war die Widerstandsfähigkeit größer, weil die Bewohner hier früher die geschlossene Dorfsiedlung bevorzugten.

⁹⁾ Zimmermann nennt Beheim's Buch „ein durch und durch tendenziöses Werk“.

¹⁰⁾ Dzielem na wskroś tendencynem. (Dzielem na wskroś tendencynem. I, S. 48.) Er hat Bartsch' Aufsatz nicht mehr benutzen können, aber selbst oft angezweifelt, daß die amtlichen Tabellen ihm sehr verdächtig vorkamen (z. B. I, S. 58; II, S. 19.).

¹¹⁾ Literatur: (Die Werke mit * sind polnisch.) Abkürzung: Bär, Mag.: Der Adel und der adelige Grundbesitz Bär: Adel in Polnisch-Preußen s. St. der Besitzverteilung. (Abdruck der Sachverständigen und Grundbisher.) Ders.: Westpreußen unter Friedrich dem Großen. Bär. 2 Bde. 1909. (Aus den Alten, der 2. Bd. bringt deren Abdruck.) Beheim-Schwarzbach, Mag.: Hohenlohische Kolo-Beheim- nisationen. 1874. (Mit Alten.) * Onz. Pol.: Geschichte der nationalen Politik Preuß. der preußischen Regierung gegenüber den Polen. 1909. Conrad, F.: Statistische Untersuchungen: Jahr. Conrad. Bücherei für Nationalökonomie und Statistik. 1892. Goldbeck, Joh. Friedr.: Vollständige Topographie Goldbeck. des Königreichs Preußen. 2 Bde. 1789. (Nach amtlichen Quellen.) Holsche, Aug. Carl: Der Kreisdistrikt 1793. Holsche. Ders.: Beschreibung von Südpreußen und Neu- Holsche, Südpreußen. Ostpreußen 1789. Holsche, Südpreußen. Ders.: Geographie von West-, Süd- und Neu- Holsche, Südpreußen. 2 Bde. 1804—1807. Westpreußen. * Konzern, Feliz: Geschichte Schlesiens. 1897. Konzern. Lauert, Manfred: Die preußische Polenpolitik. Lauert. Berlin, 1921. Ders.: Die Verwaltung der Provinz Polen 1815—47. Lauert: Polen. 1923. Liber (Casimir Andrazenko): Das Deutschtum in Westpolen in verschiedenen Jahren. (In verschiedenen Sprachen als amtliches Material seitens der Entente benutzt.) Parisch, Jos.: Schlesien. Bd. I, 1896. Parisch. * Platner, Graf Ludwig: Beschreibung des Groß-Platner. herzogtums Polen. 1846. Polen. Entwicklung und gegenwärtiger Zustand. Polen. (Von einem polnischen Redaktionskomitee zur Orientierung der Entente bereitgestellt.) Bern, 1918. Primers, Adolfo: Das Jahr 1793. 1895. (Mit Primers. vielen Alten.) Roscius: Westpreußen von 1772—1827. 1828. Roscius. * v. Starzinski, Witold: Historische Skizze der Starzinski. Entwicklung der polnischen Landwirtschaft im preußischen Anteil. 1889. Stadelmann, Rud.: Preußens Könige in ihrer Stadels- Tätigkeit für die Landwirtschaft. Bd. II/III monn. 1882—85. (Mit vielen Alten.) Weiß, Mor.: Die Stellung des Deutschtums in West- Weiß. Polen und Westpreußen 1919. (Nach dem Material des Statistischen Landesamts.) Werminghoff, Alb.: Die Schlacht bei Tannenberg. Werminghoff. 1910. Bierkisch, Joh.: Die innere Kolonisation im alt- Bierkisch. preußischen Schlesien. (Beitragschrift des Vereins für die Geschichte Schlesiens.) 1914. * Zimmermann, Kazimierz: Friedrich der Große und Zimmermann: seine ländliche Siedelung in polnischen Landes- teilen. 2 Bde. 1915. Außerdem sind die amtlichen Ortsverzeichnisse benutzt.

* v. Starzinski, Witold: Historische Skizze der Starzinski. Entwicklung der polnischen Landwirtschaft im preußischen Anteil. 1889. Stadelmann, Rud.: Preußens Könige in ihrer Stadels- Tätigkeit für die Landwirtschaft. Bd. II/III monn. 1882—85. (Mit vielen Alten.) Weiß, Mor.: Die Stellung des Deutschtums in West- Weiß. Polen und Westpreußen 1919. (Nach dem Material des Statistischen Landesamts.) Werminghoff, Alb.: Die Schlacht bei Tannenberg. Werminghoff. 1910. Bierkisch, Joh.: Die innere Kolonisation im alt- Bierkisch. preußischen Schlesien. (Beitragschrift des Vereins für die Geschichte Schlesiens.) 1914. * Zimmermann, Kazimierz: Friedrich der Große und Zimmermann: seine ländliche Siedelung in polnischen Landes- teilen. 2 Bde. 1915. Außerdem sind die amtlichen Ortsverzeichnisse benutzt.

* Er war darin ein Erbe der Tradition seiner Vorfahren. * Zimmermann, S. 112/13: Die nach dem Mongolenfall von 1241 neu gegründeten Orte Breslau und Krakau waren völlig deutsche Städte. Neben ihnen stand eine Reihe anderer, Handel und Handwerk blühten empor, aber sie waren nicht polnisch. Da der Fürst und die Städte deutsch waren, so war bereits damals das Schild des Landes in nationaler Sicht entschieden. Die verdeutschte Regierung unterstützte die Deutschen gegen die Polen so lange, bis die Provinz deutsches Herrschaft annahm (z. ziemlich probatno pismo niemieckie). „Das war das Los Schlesiens. Schriftweise, aber beständig setzte sich das deutsche Leben auf dem rechten Oderufer durch.“ Zimmermann, I, S. 238: Das erste politisch geschriebene Dokument der Provinz stammt aus dem Jahre 1582; vorher woch die deutsche Sprache der tschechischen. * Zimmermann, I, S. 234: In dem Augenblide, wo Friedrich der Große in Schlesien an sich brachte, war es schon zu einem überwiegenden Teil von deutscher Bevölkerung benannt.

* Er war darin ein Erbe der Tradition seiner Vorfahren. Ihre Motive bei der Heranführung deutscher Siedler waren nicht nationaler, sondern wirtschaftlicher Natur. (Zimmermann, I, S. 60: Były motywki które dawnych panów tych krajów powodowały do sprowadzania kolonistów niemieckich nie tak narodowej, jak raczej gospodarczej natury.) Friedrich war nicht eine Verkörperung des deutschen Gedankens, sondern des Gedankens des Weltbürgertums. (Nie był przestępco Frydryka kosmopolityzmu.) S. 212.)

des Lebens überlassen" wollte.²³⁾ Genau wie Friedrich Wilhelm IV. damals in romantischer Liebe für die Vergangenheit auf Veranlassung der Pfarrer Mironowius und Gisevius den Nachburen und Masuren wider ihren Willen den Volksschulunterricht in ihrer Muttersprache von neuem aufdrängte, wurde Bogedain in Oberschlesien jetzt freie Hand gelassen, ein gleiches zu tun. Er fand nach eigenem Geständnis "nicht einen Geistlichen und Lehrer vor, der eine Zeile richtig polnisch orthographisch schreiben" oder einen Satz korrekt sprechen konnte. (Buzel, S. 108.) Nun aber hat dieser Mann bewußt die Elementarschulen wieder polonisiert und dabei ganz gegen den Befehl seiner Vorgesetzten nicht den landestümlichen Dialekt, sondern das Hochpolnische benutzt, das jetzt die Oberschlesiener zum ersten Mal lernen lernten. Erst dadurch wurde eine Brücke zwischen Oberschlesien und Polen geschlagen und nach dem Heranwachsen der unter Bogedains Leitung erzogenen Generation konnte Ende der sechziger Jahre eine überschleisisch-polnische Presse geschaffen werden, um die Verbindung aufrecht zu erhalten. Zu dem Zweck importierte er Schulbücher und Lehrkräfte aus Polen und besetzte alle Posten der neu gegründeten schlesischen Seminare mit solchen, denn die Provinz selbst vermochte sie nicht aufzubringen.²⁴⁾ Mit vollem Recht feierten die Polen daher diesen Mann als den "Schöpfer" (twórcza) des polnischen Volksschulwesens in Oberschlesien. Als solchen preist ihn Buzel wegen seines Doppelbedienstes, der Einschmuggelung des Hochpolnischen und der Anstellung polnischer Pädagogen, als solcher wird er in "Polen" hingestellt.²⁵⁾ Ludomir nennt ihn den "Verteidiger" (obrońca) der polnischen Schule. Wie ungeheuer hoch die Polen selbst diese Wendung für die Wiederbelebung ihres Volkstums einschäben, zeigt ein Aussatz im "Przyjaciel Ludu (Vollstreund)" von 1844,²⁶⁾ wo gesagt wird, die Wirkungen Jahrhundertelanger Verfolgungen hätten sich in einem Viertelsjahrhundert durch die Einrichtung der Landes Schulen in ihr Gegenteil verwandelt und die systematische Germanisierung mehrerer Generationen sei durch den glücklichen Einfluß der polnischen Elementarschulen vernichtet worden (wieweit sie obróciła). Mit Unterstützung der Landfreunden, namentlich seitens des Mieroslawski-Vereins nach Oberschlesiens gebrachten Vertreter des polnischen Mittelstandes²⁷⁾ gelang es dann den Polen wirklich, hier den nationalen Freuden zu zerstreuen und unter Ausnutzung sozialistischer Propagandamittel die Bevölkerung für ihre Zwecke zu missbrauchen.²⁸⁾ Als ein Verdienst der Posener Polen nahm es von Koscieszkowski bei seiner Lemberger Rede von 1894 in Anspruch, daß sie ihren jüngsten Bruder, das überschleisische Polentum, zur nationalen Arbeit aufrufen hätten. Als Wiedererwecker (wskrzesiciel) des überschleisischen Polentums feiert Ludomir den Vater des dortigen Zeitungsvereins, Miarka; unter dem Titel "Wiedergeburt" (odrodzenie) schrieb Limanowski die Geschichte der Bewegung. 1908 freute sich Koneczny, daß die schon als verloren geltende Provinz (która uważała się już za straconą) mehr Anhänger zählte als mancher europäische Staat Einwohner.²⁹⁾

Auso dank der Toleranz und des ohne vertragliche Verpflichtung seitens der preußischen Regierung gewährten, über die Wünsche der Bevölkerung hinausgehenden Minderheiten schützen hat sich erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine künstlich von außen importierte polnische Bewegung in Oberschlesien entwideln können. Erst seit etwa 1900 nahmen die Deutschen und die Regierung, durch die Agitation des Gegners zur Abwehr gezwungen, den Kampf auf. Besonders durch ein großflächiges Wohlfahrtssystem wurde die Bevölkerung daran erinnert, was sie dem preußischen Staat zu verdanken hatte. Unter diesem Eindruck stieg die Zahl der Deutschen in dem kurzen Zeitraum von 1905—1910 nach den Volkszählungen von 757 187 auf 884 045, die der Zweisprachigen von 54 094 auf 88 798, wogegen die der Polen nur um knapp 11 000 zunahm. Dieses Ergebnis haben die Polen zwar als eine Folge der bei der Zählung herrschenden Willkür in Misskredit zu bringen versucht, aber es hat durch die Abstimmung eine unerwartete Bestätigung gefunden, da hier 39 Prozent der polnisch redenden Bevölkerung sich für Deutschland entschied. Diese deutsche und deutschgesinnte Bevölkerung ist dort alleingesessen. Selbst der Erzbischof von Stabłowski ließ durch den "Kurier Poznański" (Nr. 229) i. J. 1892 erklären: Wir sind auch völlig dagegen, daß aus unserer Mitte eine politische Agitation um Schlesien hervorgeht.

Auch in Westpreußen fand Friedrich der Große noch eine starke deutsche Bevölkerung vor. Diese niemals zuvor zu Polen gehörig gewesene sondern immer nur von diesem erfreute, aber nicht behauptete Provinz, auf die Kasimir der Große 1343 im Vertrage von Kalisch auch staatsrechtlich jeden theoretischen Anspruch ausgegeben hatte, war unter der Ordensherrschaft zu einem gänzlich deutschen Land geworden. Der Orden war der rechtmäßige Besitzer und nur durch Gewalt ist ihm das Gebiet 1466 von Polen entrissen worden³⁰⁾, weshalb sich später die falsche Auffassung etablierte, daß es sich hier um ursprünglich polnischen Boden handele. In Polen begann dann freilich unter Druck der den Städten gegebenen Zusicherungen über Wahrung ihrer Privilegien, Selbstverwaltung und Gebrauch der deutschen Sprache eine rigorose Polonisierung und später Relatholisierung. In welchem Umfang sich ungeachtet dessen das Deutschthum erhalten hatte, wissen wir zahlenmäßig nicht, denn es wurde damals die Nationalität nicht amtlich festgestellt und höchstens nach Konfessionen gezählt. Aber auch diese Angaben sind ungenau. Wir erfahren nur, daß Anfang Dezember 1772 unter 414 951 Einwohnern 3600 Juden waren (Bär, II, S. 707). Für 1828 gibt Koscieszkowski an, daß in der allerdings um Danzig und Thorn bereicherten Provinz die 357 303 Evangelischen bereits die 351 423 Katholiken überstiegen, wozu noch beträchtliche Mennonitenkolonien (1772 mit 3900 Männern unter 40 Jahren) und 15 350 Juden kamen. Für den Regierungsbezirk Danzig ergaben die amtlichen Listen 1818 128 655 Evangelische, 96 440 Katholiken, 9099 Mennoniten, 2829 Juden, für den Regierungsbezirk Marienwerder 152 236, 168 938, 3527 und 8775. Das

²⁸⁾ Siehe vom 18. April 1849 bei Sambert, S. 164.

²⁹⁾ Buzel S. 108: Obsadził Bogadain wszystkie posady nauczycielskie Polakami z Księstwa Poznańskiego i przepisał użycie polskich podręczników szkolnych w szkołach ludowych wiejskich.

³⁰⁾ S. 278: Er habe die Gesetze Friedrich Wilhelms IV. kennl., um im Jahre 1848 in diesem Lande "ein Schulwesen mit polnischer Unterrichtssprache zu schaffen".

³¹⁾ Bitter von Limanowski: Schick der polnischen Nationalität in Schlesien. Warszawa 1911 (polnisch).

³²⁾ Bolesław Limanowski: Wiedergeburt und Entwicklung der polnischen Nationalität in Schlesien. Warszawa 1911 (polnisch).

³³⁾ Soziale und ökonomische Zustände in Polnisch-Schlesien. Lemberg (polnisch).

³⁴⁾ De Wal: Essai sur l'histoire de l'Ordre teutonique II, Paris 1784 (geschrieben unter dem Eindruck der ersten Teilung); Der Orden habe Westpreußen rechtmäßig besessen (legitimately) und die Polen "n'étaient que des usurpateurs".

bedeutet eine starke deutsche Mehrheit, denn evangelische Polen gab es hier nur sehr wenige und viele deutsche Gemeinden waren katholischen Bekennnisses, so daß die Berechnung nach der Konfession die Deutschen sehr benachteiligt. Wesentliche Verschiebungen durch künstliche Besiedlung seitens des Staates waren ebenfalls in der Zwischenzeit nicht eingetreten. Seit 1786 war nur in verschwindendem Umfang kolonisiert worden³⁵⁾ und unter Friedrich II. war auch hier die Anziehung von Kolonisten erheblich geringer als in den alten Landesteilen gewesen.³⁶⁾

Die Verhältnisse lagen zudem ebenso wie in Schlesien. Viele Niederlassungen verfielen der Polonisierung, viele standen nur auf dem Papier, da die Neulinge unter Mitnahme des Inventars fortseien, viele bezogen ihr Menschenmaterial aus Polen, z. B. den abgebrannten Lissa, wodurch die deutsche Bevölkerung der später an Preußen gefallenen Gebiete geschwächt, nicht das Gesamtdeutschland Polens gestärkt wurde. Unter keinen Umständen wollte der König die deutschen Untertanen seiner übrigen Provinzen nach Osten verpflanzen.³⁷⁾ Es sind unter ihm im ganzen allerdings angeblich 879 Familien in die Städte, 1286 auf das Land gewandert, aber dieser im Vergleich mit der Gesamtbewölbung geringe Zuwachs machte sich nur an wenigen Brennpunkten wie beim Negegau gerade in der Stadt Bromberg fühlbar (Bär, I, S. 331 ff.). Des Königs sonstige Maßnahmen, wie das Verbot der Annahme polnischer Dienstboten, sind vielfach wieder nur Erwägungen geblieben und nicht praktisch verwirklicht.³⁸⁾ Den von übereifrigen Beamten gemachten Vorschlägen versagte er seine Zustimmung. An eine Verdrängung der Polen wurde nicht gedacht und Auswanderungen ergingen damals ebenso wenig wie jemals später, soweit es sich nicht um Ausländer handelte. Es wollte nur die sujets mixtes und die in Polen lebenden Besitzer westpreußischer Güter loswerden, weil diese die Pachtverträge für mehrere Jahre auf einmal erhoben und dann in Warschau verehrten, aber nichts den Kardinalgrundzügen des Merkantilismus schroff widersprach wie die Ausfuhr baren Gelbes. Deshalb legte er solchen Leuten den Verkauf ihrer Besitzungen nahe und drängte nach Ablauf der 6-jährigen Option auf frei auf ihre Entscheidung über den definitiven Wohnsitz. Heiratsverbote bei Nichtkenntnis des Deutschen sollten bloß für die noch nicht erwachsenen Landeskinder gelten. Sogar die Schule wurde auch in Westpreußen nicht als Germanisierungswerzeug benutzt, sondern vor allem als ein allgemeines Bildungsmittel und zur Erlernung beider Landessprachen. Die Domänenkammer zu Marienwerder berechnete 1776 den Bedarf an Lehrern auf 43 evangelische, 44 deutsch-lutherische und 83 polnisch-lutherische, ebenfalls ein Beweis für die große Zahl der Deutschen, zumal die Evangelischen an sich schon das beste Schulwesen hatten. Aber es gelang nur, die beiden ersten Forderungen zu erfüllen, wobei in der zweiten Kategorie Schlesier aushalfen, während der mit der Besorgung für die dritte beauftragte Bischof von Ermland, von Krasicki, völlig versagte. Dieser gern gesuchte Gast an der Tafelrunde von Sans-Souci hatte im Dezember 1777 noch nicht einen Kandidaten gestellt, denn die von ihm namhaft gemachten 27 erfüllten alle bis auf einen die Bedingung der polnischen Sprachkenntnis nicht und dieser eine lehnte eine Berufung ab. (Bär, I, S. 553.) Man mußte also wider Willen zu deutschen Schulmeistern greifen. Im Kulmer Kadettenhaus wurde bei den Erziehern Beherrschung beider Sprachen und konfessionelle Parität verlangt. Unter den ersten 60 Bürglingen hatten bloß 14 deutsche Namen. Ganz ebenso diente später vorwiegend der polnische Adel auf der Anstalt zu Kalisch und drängte sich dermaßen zur Aufnahme, daß die Plätze nicht reichten.³⁹⁾

Ganz ähnlich lagen die Dinge im Negebdistrikt, wo 457 Familien in den Städten und 599 in den Dörfern angesiedelt sein sollen. Hier haben wir bei Holsche (S. 65) auch schon für 1785 genauere Einwohnerzahlen (85 296 Katholiken, 70 989 Protestanten und 6785 Juden). Obenin stellten die Polen durchweg die unterste Bevölkerungsschicht.

In beiden Fällen, in Westpreußen wie im Negegau, läßt sich aber auf indirektem Wege daß Vorhandensein eines deutschen Volksstörs nachweisen. Es ist das freilich schwer bei dem Adel, also dem Großgrundbesitzertum, dem nach 1466 haben fast 300 polnische Adelsfamilien sich in die Provinz ergossen und dort Grundbesitz erworben, während die deutschen Geschlechter bei Verlust ihrer Güter gezwungen wurden, polnische Namen und Wappen anzunehmen (Werminghoff, S. 49). Über 200 Familien haben diesem Zwang gehorcht und eine große Zahl von Doppelnamen (v. Oppeln-Bronikowski, v. Huttendorf, v. Falcken-Blacheck, v. Gögendorf-Grabowski, v. Stein-Kamieński usw.) zeigt, wie weit äußerlich die Polonisierung der Deutschen gegangen ist. Wie weit auch innerlich, das ist natürlich nicht ersichtlich. Eine fernere Reihe von Familien schwankte zwischen beiden Volksstämmen hin und her und hatte wohl gar eine deutsche und eine polnische Linie (v. Bychowski, v. Untuh, v. Seydlitz, v. Bojanowski usw.). Deshalb ist die von Holsche (Westpreußen, II, S. 43 ff.) gegebene Scheidung für etwa 1800 (v. Conrad, 1892 S. 484 glaubig übernommen), wonach in Pommern 184 Rittergüter in deutscher, und 364 in polnischer Hand gewesen sein sollen, ganz unzulässig. Gedenfalls erwähnen die hier und die früher von ihm für den Negebdistrikt (Holsche, S. 184 ff.) abgedruckten Tabellen, daß ein beträchtlicher Teil des Landes noch deutsche Besitzer hatte. Diese Tatsache erhärtet die von Bär (II, S. 737 ff.) auszugsweise veröffentlichten Ausbildungsziffern von 1772. Die Deutschen waren also schon bei der Einzähnung vorhanden. In dem zur Wojewodschaft Polen gehörigen Teil des Bezirks huldigten z. B. damals an weltlichen Personen v. Soden, v. Blankenburg, v. Manteuffel, v. Basse, v. Falkenhagen, v. Buttstädt, v. Kleist, v. Unruh, mehrere von der Goli usw., aus Pommern dagegen v. Boeseler, v. Buttstädt, v. Grumbow, v. Rosenberg, v. Goltz, v. Wallraffen, v. Liedemann, v. Lüttow, v. Bergin, v. Kröckow usw.

Die gleiche Quelle verrät mit absoluter Sicherheit, daß auch das Bauerntum noch vielfach deutsch war. So haben in Nowyrock nach der endgültigen Grenzregulierung 1775 an protestantischen Vasallen gehuldigt aus dem neu an Preußen gesonnenen Bezirk 41 Dörfer und Holländergemeinden, aus dem Nakeler Kreis 14, aus dem Nowotroclauer 29, aus dem Bromberger 21 Dörfer und Bäcker, aus dem Deutsch-Krone gar 33, sämtlich durch ihre Schulzen, von denen nur 8 unter 138 Polen waren. Dergleichen huldigten durch ihre evangelischen Abgeordneten 1772 die Bromberger Vogtei und Dörfer der Umgegend. Ganz deutsch waren sogar die Einwohner staatlicher (staatlicher) Besitzungen wie bei Ust, Neuhof, Deutsch-Krone im Negebdistrikt, Schöneck, Graudenz in Westpreußen und 13 dieser letzteren Domäne benachbarte Ortschaften, 22 Dörfer der Kulmer Gegend nebst 21 des dortigen Bistumslandes. Weiter natürlich die Wojewodschaft Marienburg.

³⁵⁾ Zimmermann, II, S. 394 ff.; Koscieszkowski S. 145 ff.

³⁶⁾ Nach den Angaben des Ministers Herders wurden fast doppelt so viele Familien in den alten Provinzen angesiedelt als in den neuen. Beheim errechnet sogar eine dreifache Kopfzahl. (Zimmermann, II, S. 23 ff.)

³⁷⁾ Zimmermann, II, S. 26.

³⁸⁾ Zimmermann, I, S. 281.

³⁹⁾ Zimmermann, I, S. 277: Friedrich nahm in seine Kadettenanstalten schon vor 1772 junge polnische Edelleute auf, die noch gar nicht deutsch konnten. Die Zahl der Plätze reichte in Kulm nicht, 1776 gab es 172 Anwärter.

An dritter Stelle geht aus diesen Alten unüberleglich der deutsche Charakter des Bürgertums hervor. Im Marienburgischen huldigten durch deutsche Vertreter Stühn, Christburg usw., während hier polnische Namen überhaupt nicht erscheinen, in der Wojewodschaft Kulm z. B. Graudenz, in Pommereien Schlochau, Mewe, Konitz, Dirschau, Baldenburg, Hammerstein, Friedland, Schöneck, Stargard, im Negebdistrikt Tütz, Jastrow, Schönlanke, Ust, Lobsens, Zempelburg, Landsburg, Krojanke, Argau, Labischin, Samotschin, Slupce, Tremessen. Noch überzeugender wirken die erhaltenen Angaben der Besitznahmetomissare, die in Westpreußen allerdings nur selten sich mit der Nationalität der Bewohner befassen. Wir erfahren daraus, daß Löbau einen ausschließlich polnischen, Graudenz und Dirschau aber ebenso einen deutschen Magistrat besaßen. Für den Negebdistrikt ergeben die vom Domänenrat Ladenburg an Ort und Stelle gesammelten Notizen (Bär, II, S. 633 ff.), daß von 28 Städten der Distrikte Bromberg, Nalew und Deutsch-Krone nicht weniger als 12, davon 11 unter polnischen Grundherren stehende, deutsche Behörden hatten und deutsch die gebräuchliche Amtssprache war. Da in Polen die Evangelischen von allen öffentlichen Funktionen ausgeschlossen waren und die Grundherren sicherlich alles Erdenliche getan haben, um die Deutschen zurück zu drängen, muß es schlechterdings unmöglich gewesen sein, die gesuchten Bestimmungen durchzuführen, da es einfach keine Polen für die Magistratsposten gab (Schönlanke, Jastrow, Friedland, Deutsch-Krone, Tütz, Wirsitz, Lobsens, Krojanke, Zempelburg, Landsburg, Bartischin, Schleppe). Von Jastrow wird berichtet, daß die Lutheraner, 1/4 der Bevölkerung (nach Goldbeck 99 Katholiken von 2000 Einwohnern), um eine Kirche bat. Mistekko war noch nicht zur Hälfte katholisch (Goldbeck: 128 von 327), Lobsens gut zur Hälfte, darüber aber viele Deutsche (Goldbeck, vorwiegend deutsche Protestanten). Bartischin dagegen (Goldbeck, außer 71 Juden je 50 Prozent Deutsche und Polen). Deutsch-Krone war fast ganz deutsch-katholisch, Märkisch-Friedland deutsch bei überwiegend jüdischer Bevölkerung, Tütz deutsch bei nur 6 evangelischen Familien und 1/4 Juden. In Zlepne herrichten die Evangelischen nach den Juden, in Schleppe die Evangelischen. Wie stark der konfessionelle Druck ausgelöst wurde, tut das Beispiel von Schneidemühl (Goldbeck 58 katholisch, 570 deutsch-evangelisch, 241 jüdisch) und Czarnikau (211 Juden, sonst überwiegend deutsche Lutheraner) dar, denn beide verfügten über rein katholische Magistrate.⁴⁰⁾ Als ein wirkliches Polonisierungsmittel hatten sich übrigens der wirtschaftliche Verfall der alten Republik und die hier den Deutschen aufgebürdeten Lasten erwiesen, denn beides zwang diese zur Abwanderung.⁴¹⁾ So waren in dem auf etwa 600 Einwohnern zusammengeschrumpften Bromberg alle Tuchmacher aus Nahrungsmangel abgezogen (Bär, II, S. 651) und deshalb die Stadt polnisch geworden. 1783 war aber die größere Hälfte der Bürgerschaft bereits deutsch.⁴²⁾ Noch nachhaltiger bewährte sich natürlich die Niedermelung aller deutschen Einwohner, dieser einstigen deutschen Bevölkerungsköpfung Kasimirs des Großen, durch Stephan Czarnecki im 1. nordischen Kriege (1656).

Endlich beweisen auch die von Bär in erstaunlich anerkannten Notizen Goldbecks das Vorhandensein eines geschlossenen seßhaften deutschen Stammes, selbstverständlich im Abstimmungsgebiet östlich der Weichsel, wo z. B. Deutsch-Cylan nur lutherisch-deutsche Bürger hatte, die auch in Marienwerder mit seinen Städtern überwogen. Vielfach sahen die Deutschen in den fruchtbaren Niederungen und die Polen auf den leichten Böden der Höhe. Aber auch in Pommereien haben wir z. B. in Graudenz beinahe nur Deutsche, wiewohl sie aus Handelsrücksichten nebenher polnisch konnten. In Kulm machen die Polen wohl 1/2 aus, aber in den Dörfern des Kreises überwogen, wie wir schon hörten, die Deutschen, die im Kreise Dirschau ungefähr die Hälfte betragen. Gemischt war auch der Kreis Stargard, aber die Weichselniederung war rein deutsch, ebenso wie die Stadt Sonnen.

In der Provinz Polen endlich, einem Teil des 1793 erworbenen Südprensens, lagen die Verhältnisse mindestens teilweise ganz ähnlich. Der preußische Bevölkerungsdruck in Warschau, von Bucholz, schildert in einer Denkschrift vom 27. Januar 1793 die Bevölkerung in sehr unerfreulichen Farben und betont, daß der katholische Adel die Bürgerschaft tyrannisierte, während die etwa 500 evangelischen Adelsfamilien sich außerhalb von ihren katholischen Standesgenossen unterschieden und nichts sehnlicher wünschten, als den Übergang unter preußische Herrschaft, so die Kalde, Reuth, Unruh, Schlichting, Bronikowski, Bychlański, Dziembowski u. a. m. Also auch hier ist eine nationale Trennung schwer durchzuführen. Im übrigen war das Land überschwemmt (regorgé) von deutschen Einwanderern aus Schlesien, Böhmen, Sachsen, Preußen und der Neumark und bis zu 15 Meilen tief nach Polen hinein sprach beinahe alles deutsch. Weißritter, Frankfurt, Polen, Ust, Karge, Kempen, Unruhstadt usw. "ne sont habitués que par des bourgeois allemands. Cela va si loin qu'il y a telle ville, où il n'existe qu'un seul bourgeois polonais catholique possessionné." (Prümers, S. 78 f.) Das diese Angaben, wenn man wieder den befreisenden und den Orten ihr Gepräge aufdrückenden sozialen Charakter der betriebsamen Deutschen in Rechnung stellt, nicht über das Ziel hinausgeschossen, läßt sich den erhaltenen Notizen über die Städte entnehmen. Gemäß der Indaganda über die 49 Städte der Wojewodschaft Polen standen sich abgesehen von dem deutschen Wollstein, bei dem die Einzelheiten fehlen, hier 31 224 Katholiken und 28 772 Protestanten neben 14 797 Juden gegenüber. Da wieder viele der erstenen den Deutschen zugerechnet werden müssen, z. B. in dem von jeder ganz deutschen Schwedan (deutsche Gründung des 13. Jahrhunderts, wieder katholisiert von Adt Raszewski von Lublin um 1600, noch 1905 unter 1505 Einwohnern 1456 Katholiken, davon 1316 deutsch), so hatten diese die unabdingbare Majorität. In den neuen Orten mit über 2000 Seelen waren sie acht Mal im Übergewicht, insbesondere in Ust (6820 Einwohner, darunter nur 734 Katholiken), Bojanowo (unter 2576 nur 75 Katholiken), Rawitsch (unter 7290 nur 792 Katholiken). Auch Reisen (1593 mit 416 Katholiken), Sarne (1347 mit 597 Katholiken) und Szduny (3481 mit 604 Katholiken) waren völlig deutsch.⁴³⁾

Hinsichtlich des Bauerntums tappen wir ziemlich im Dunkeln. Die polnische Landbevölkerung war allenthalben mit deutschen Inseln in den sogenannten Holländer- oder nach dem Volksmund Hauländerdörfern durchsetzt, deren es einige Hundert in der Provinz gab. Hier hausten die Nachkommen der im 16. und 17. Jahrhundert nach Polen gewanderten Exulanten, die sich bei ihren gemeindeweise geschlossenen Kontrakten der Polonisierung zumeist erwehrten, hatten, da ihre Widerstandskraft unglaublich größer war als die der mittelalterlichen Kolonisten. Außerdem hatten die Grenzkreise vielfach deutsche Landbewohner, wie die Dinge nach 1815 zeigten. Der Bevölker

eigenschaft versunken, im Besitz ausreichenden Alters sich befanden, wogegen die polnischen Landbewohner überhaupt nicht mehr als Inhaber ihrer Stellen betrachtet werden konnten. Gegenüber der Besiedelung war Friedrich Wilhelm III. bereits recht skeptisch gestimmt, nahm das Werk in keinem Maßstabe aber doch wieder auf, so daß nach der höchsten Schätzung 1100 Familien in Stadt und Land in ganz Südpreußen untergebracht wurden. Da hierauf auf Polen nur ein Teil entfällt, mußte die Wirkung minimal sein.⁴²⁾ Etwas schneller kam man bezüglich des Großgrundbesitzes durch die Einziehung der Kirchgenüter und die Konfiszation des Besitzes der 1794 am Aufstand beteiligten Gelenkte vorwärts. Der Staat machte jedoch von diesem Reichtum einen nicht gerade egoistischen Gebrauch, denn die Herrschaften wurden z. T. den Besitzern wieder zurückgegeben, da der adelsfreundliche, auch zum südpreußischen Provinzialminister aufgestiegene Graf Höym von seinen polnischen Standesgenossen die Folgen ihres Verhaltens abzuwenden wußte, und z. T. weit unter dem Wert an preußische Beamte und Offiziere verkauft, die diese Dotationsen nur als Spekulationsobjekt ausnutzten und sie bald wieder und meistens an Polen veräußerten. Weit schädlicher für die polnischen Klassen war die Verschleuderung der wertvollen Domänen durch Napoleon an seine Generale. Noch weniger als anderwärts ist in Polen bis 1815 an ein Vordringen des Deutschen zu denken, da das Gebiet 1807–15 zum Herzogtum Warschau gehörte und in dieser Zeit die Zahl der Deutschen durch Abwanderung oder Vertreibung zahlreicher Beamter und Domänenpächter nur zurückging. Man kann also die Sachlage zur Zeit der Reokupation ohne erhebliche Fehlerquelle auf die Zeit der ersten Besitznahme zurückprojizieren.⁴³⁾

Allerdings ist es auch für die nun mit dem Nebezirk vereinigte Provinz Polen schwer, sich ein Bild von dem Nationalitäten- und Besitzstand zu machen. Die ersten Zählungen waren noch recht ungenau, und als man das Volkstum berücksichtigte, begann man mit der Ermittlung der Sprachkenntnis, so daß eine große Zahl Zweisprachiger herauskam, deren Berechnung willkürlich geschah. Diese Katastrophe bestand bis 1910, war aber zuletzt nur noch in Oberschlesien fühlbar, da hier bei der noch nicht entwidelten nationalen Disziplin eine größere Zahl von Menschen sich als zweisprachig einschreiben ließ, wogegen im alten Kampfgebiet nur wenige nicht Farbe bekannten und die Zahl der Doppelsprachigen daher klein war. Nichts berechtigt aber zu dem von den Polen beliebten Verfahren der Berechnung dieser Kategorie zu ihrem Anteil.⁴⁴⁾ Es handelt sich vielmehr um Juden, die es aus Erwerbsrücksichten mit keiner Partei verbergen wollten, ihrer Gestaltung nach aber den Deutschen beigezählt werden müssen, und um hin und her pendelnde, in einer Mauerung begriffene Familien. Eine gleichmäßige Aufrechnung wird also sicherlich die Deutschen nicht bevorzugen. Wenn man dann wieder das Ueberwiegen der deutschen Katholiken über die nur in der Gegend von Adelnau in größerer Menge vorhandenen und schnell abnehmenden evangelischen Polen in Betracht zieht, also den Deutschen 10% der Katholiken in Bromberg und 5% in Polen zuteilt, kann man bei der Wiederbesitznahme für die Provinz 38,9% Deutsche und Juden, für den Regierungsbezirk Bromberg 46,5%, für den Regierungsbezirk Polen 35,5% ansetzen. Dieses Ergebnis bestätigt eine Berechnung nach den Sprachverhältnissen von 1846 (Provinz 38,8%, Bromberg 46,1% und Polen 35%).⁴⁵⁾ Mit Sicherheit läßt sich vermuten, daß eine wesentliche Aenderung inzwischen nicht stattgefunden hat.⁴⁶⁾ Künstlicher Bezug durch staatliche Kolonisation trat nicht ein, denn nach Verabschiedung des Merkantilismus herrschte in der Bürokratie die Freihandelslehre von Adam Smith, die dem Staat jedes Eingreifen in die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse verbot. Deshalb sind nur gelegentlich einige Rückwanderer aus Russland und Polen und ein paar Familien aus Schlesien und der Mark auf den Domänen untergebracht worden. Nachdem die einzige noch unternommene Besiedelung, die Verpflanzung der armen Eichsfelder in die Provinz Preußen, an deren Mittellosigkeit und schlechtem Willen gescheitert war, erlosch bei den Ministern die lezte Neigung dazu, den kümmerlichen Staatshaushalt mit teuren Experimenten dieser Art zu belasten. Seit 1830 strömten freilich private Landwirte in stärkerem Umfang in die Grenzstreifen der Provinz ein, aber dem steht eine unaufhaltbare Abwanderung deutscher Luchmacher gegenüber, die bekanntlich den Grundstock für die Textil-Industrie in Russisch-Polen legten.⁴⁷⁾ Wenn trotzdem der Anteil der Evangelischen seit dem Warschauer Aufstand sich langsam hob und Ende der sechziger Jahre mit 33,2% den Höhepunkt erreichte, so ist es eine Folge des freiwilligen Einwanderungsdeutschland und der durch das Verhalten der Polen bedingten stärkeren Heranziehung deutscher Beamter gewesen, wie das auch in dem Steigen der deutschen Bevölkerung überhaupt zum Ausdruck gelangt. (Maximum im Jahre 1861 45,4%). Dagegen sank damals bereits infolge heftigen Abzugs die Zahl der Juden unaufhörlich (von 6,7% im Jahre 1831 auf 4,9%). Sodann beginnt ein Rückschlag, der ohne Pause bis zu Anfang des 20. Jahrhunderts die Deutschen mehr und mehr zurückdrängte (im Jahre 1890 39,8%, im Jahre 1900 38,4%) und nun erst zum Stillstand kam; ja die Zählung von 1910 zeigte sogar wieder einen kleinen Fortschritt. Ebenso verliefen die Dinge in Westpreußen (im Jahre 1858 69,1% Deutsche, im Jahre 1900 65%, im Jahre 1910 65,1%). Es muß also festgestellt werden, daß eine amtliche

⁴²⁾ Bgl. Laubert, S. 25. Friedrich Wilhelm III. blieb der väterlichen Überlieferung treu, wenn er gern Ausländer nahm, aber es ebenso wenig seine Würde war, genügend bemittelte Südpreußen in der Ansiedlung zu befähren. (Ordre vom 14. Juni 1802. Stadelmann, IV, S. 13.) Nach Holsche: Westpreußen, I, S. 499 sind im Polener Departement 700 Köpfe angefert.

⁴³⁾ Holsche: Westpreußen, trennt die christlichen Einwohner nicht und befagt nur, daß das Polener Kammerdepartement bei 175 406 Menschen 24 811 Juden zählte. (S. 436 ff.) Da sich die Grenzen nicht mit den späteren Provinzen decken, ist aus allen damaligen Angaben so gut wie nichts zu erkennen.

⁴⁴⁾ Euler, S. 90, Anm.: „Zu Polen werden natürlich (1) die sogenannten Doppelsprachigen gerechnet.“ Die Polen verfahren ganz allgemein in dieser willkürlichen Art.

⁴⁵⁾ Weitere Berechnungen bei Laubert: Polen, S. 2 ff. für Preußen S. 551 ff.

⁴⁶⁾ Bgl. die Angaben der Regierungen ebenda S. 4. Im Jahre 1858 waren in Polen rund 16 000 evangelische Polen und 109 000 deutsche Katholiken vorhanden, in Westpreußen 7000 bzw. 186 000. (Buzel, S. 547 und 553.) Daraus ist ersichtlich, wie sehr die polnische Gesellschaft beliebte Identifizierung von Konfession und Nationalität die Deutschen schädigte.

⁴⁷⁾ Bgl. Laubert: Land und Leute des Regierungsbezirks Bromberg vor 100 Jahren. Breslau 1922. (Beiträge zu den Kultur.)

Beeinflussung des Prozesses bis zur Gründung der Ansiedlungskommission im Jahre 1886 überhaupt nicht stattfand und daß diese Maßnahme bedingt wurde durch den deutlich zutage tretenden Rückgang des Deutschen in beiden Provinzen, der zu einer Abwehr nötigte. Bei der Besitznahme war eine deutsche Mehrheit bereits in Westpreußen vorhanden und in Polen betrug der Anteil der Deutschen bereits fast 39%. Im einzelnen erwiesen sich die ebenfalls teilweise ohne Abstimmung an Polen gegebenen Kreise Deutsch-Krone und Kamin als so vollständig deutsch, daß infolge des einmütigen Widerspruchs der Beteiligten aller Schichten ihre ursprünglich geplante Vereinigung mit dem Großherzogtum Polen unterblieben mußte; in dem einen Kreise waren fast alle Rittergäter in deutscher Hand.⁴⁸⁾ In Polen überwog das Deutsche noch völlig in den Städten. (Regierungsbezirk Bromberg 1816 30 492 Evangelische und Juden, 27,673 Katholiken, aber in den 20 Orten mit über 1000 Seelen 24 016: 16 726; Regierungsbezirk Polen im Jahre 1819 95 960 Evangelische und Juden, 76 350 Katholiken, wobei wieder viele Katholiken deutsch waren.⁴⁹⁾ Ueberwiegend deutsch waren weiter vier von den neun Kreisen des Regierungsbezirks Bromberg, nämlich der alte Nebezirk Kreis Bromberg, Nolmar, Czarnikau und Wirsitz mit 89 162 Deutschen und Juden: 58 817 Katholiken im Jahre 1833.⁵⁰⁾ In der Stadt Bromberg war Ende der dreißiger Jahre das Verhältnis der Deutschen zu den Polen und Doppelsprachigen wie 4:1 (Verwaltungsberichte des Magistrats für 1836–39 Posener Archiv). Den deutschen Charakter des Nebezirks erhärteten auch die Reiseberichte der Bromberger Regierungsbeamten (bei Laubert, Land und Leute usw. ausführlich wiedergegeben).

Wenn es den Polen gelungen ist, ihre Stellung auch wirtschaftlich zu behaupten und sogar zu verstärken, so haben sie das nur der von der preußischen Regierung befolgten Versöhnungspolitik und der von dieser ihnen geschaffenen Grundlage zur materiellen Festigung zu verdanken. Der Staat machte zunächst von den ihm gegebenen Machtmitteln nicht nur keinen Gebrauch, sondern unterstützte nach Kräften gerade den Aufstieg seiner polnisch-renden und rückständigen Bewohner. In großzügiger Weise wurde auf wirtschaftlichem, politischem, religiösem und kulturellem Gebiete den Polen Gleichberechtigung gewährt. Man versuchte mit allen Kräften polnische Beamte zu gewinnen, besetzte alle Landrätsämter auch den deutschen Kreise im Regierungsbezirk Bromberg und die zwei der an Westpreußen gefallenen Kreise — der dritte wurde aufgehoben, — mit Polen, zog durch Stipendien und Prüfungserleichterungen polnischen Nachwuchs heran, gab den Offizieren Anstellung oder Pension nach ihrem herzoglich Warschauer Dienstgrad, obwohl hier die Beförderung schneller war als in Preußen und wiewohl sie 20 Jahre lang gegen dieses gefochten hatten, stellte sie mithin besser als die eigenen Militärs. Im Gerichtswesen entschied die Sprache des Klägers über die Verhandlungssprache. An die Landgerichte wurden als vollbesoldete Präidenten polnische Gutsbesitzer berufen, um über Einhaltung der sprachlichen Parität zu wachen. Oberster Grundsatz im Domänenwesen war Beibehaltung der vorgefundnen Pächter (Verfügung des Oberpräsidenten vom 4. März 1816). Eine Amnestie gewährte vollständige Vergeltung für die Vorgänge von 1794 und 1806 und den nächsten Jahren. In den Schulen wurde nach der Mehrheit der Kinder deutsch oder polnisch unterrichtet, also unter preußischer Herrschaft wurden deutsche Kinder polnisch unterrichtet. In den Gymnasien zu Polen und Lissa bestanden in den vier Unterklassen national getrennte Parallelklassen und in den beiden oberen wurde abwechselnd deutsch und polnisch vorgetragen. Kein Student aus der Provinz durfte ohne Nachweis vollständiger Beherrschung des Polnischen an einer preußischen Universität studieren. (Landtagsabicht von 1828.) Söhne der nach Polen verseherten deutschen Offiziere und Beamten mußten auswärts in Pension gehen. Ortsstafeln und Wegweiser mußten noch in den vierziger Jahren doppelsprachig angebracht werden. Alle amtlichen Verfassungen ergingen mit Übersetzung, die Amtsblätter erschienen noch in den siebziger Jahren zweisprachig. Polen erhielt einen eigenen polnischen Statthalter. Den Staatsbürgern wurde wieder eine sechsjährige Optionsfrist gewährt. Von 446 Geistlichen beider Konfessionen waren 1834 erst 171 des Deutschen völlig mächtig, von 793 Schülern konnten 48 noch kein deutsches Wort. Dieses System erwies sich jedoch auf die Dauer deshalb als unholzbar, weil es von den Polen grundsätzlich sabotiert wurde. Kein Edelmann wollte seine Söhne studieren lassen, kein Gutsbesitzer sich die zum Landrat erforderlichen Kenntnisse erwerben. Kein Landrat wurde aber ohne Kenntnis des Polnischen berufen und die Gesuche hochgestellter Persönlichkeiten sind daran gescheitert. Der Provinziallandtag stellte das nahe Verlangen, daß die Regierung polnischen Juristen die Assessorenprüfung erlassen möge, denn sonst würden sich keine melden. Bei dem Aufstand von 1846 gestand einer der Beteiligten, daß die „Milde der preußischen Regierung die Insurgenten bewogen habe, das Zentrum der auf alle drei Teile gebildeten Bewegung nach Polen zu verlegen“. (Bericht des Polizeipräsidenten.) Polen nennt Jarochowski (Geschichte der Posener Literatur in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Polen, 2 A. 1884–polnisch) den Brennpunkt des gesamt-polnischen Geisteslebens jener Zeit, weil dieses sich nur hier frei entfalten konnte. Sogar eine eigene National-Kavallerietruppe mit polnischer Kommandosprache wurde gewünscht, aber selbst dazu fanden sich keine Bewerber. Die Wahl zum Landwehrleutnant wurde durchweg abgelehnt. Rotorisch deutschfeindliche Staatsdiener erlangten nach 1815 volle Entlastung, wenn man ihre Beibehaltung für gar zu bedenklich erachtete, was in drei bis vier Fällen eintrat. Die trock des vom Polentum gepredigten Boykotts dem Staat dienenden Beamten wurden nicht schlechter als ihre deutschen Kollegen behandelt.⁵¹⁾ Da sich keine hinreichenden Lehrkräfte fanden, wurden solche aus Warschau, Lemberg, Wilna usw. vertrieben und durch persönliche Gehaltszulagen angelockt. Man gewährte Ostermarkenzulagen für eine Polonisierung des höheren

⁴⁸⁾ Laubert: Polen, S. 81 f.

⁴⁹⁾ Laubert: Polen, S. 3 ff.

⁵⁰⁾ Laubert: Polen, S. 3. Bgl. die Zusammenstellungen nach den amtlichen Ergebnissen bei Buzel, a. a. O. Auch Blater, S. 54 gibt eine Zusammenstellung über die Städte in Polen. Er weist nach, daß der Zahl gemäß in den meisten von ihnen die Polen überwogen, berücksichtigt aber nicht, daß es dabei um die kleinen Ackerbaustädte handelt, während in allen bedeutenderen Dörfern das umgekehrte Verhältnis stattfand. Auch Polen selbst hatte um die Mitte des Jahrhunderts 24 000 Deutsche und Juden gegen nur 18 000 Polen. Über den Aufgang der Deutschen in den Städten seit 1840 vgl. Buzel: Die kleinen Städte usw., Leipzig 1909, in Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 119.

⁵¹⁾ Buzel, S. 69. Man kann nicht sagen, daß die preußische Regierung bis 1871 die polnischen Beamten schlechter als die deutschen behandelte. (Nie można powiedzieć, iżby rząd pruski do roku 1871 traktował urzędników Polaków gorzej od Niemców.)

Unterrichts.⁵²⁾ Kurzum bis zum radikalen Bruch aller Untertanenpflichten seitens des Polentums bei Gelegenheit des Warschauer Aufstands von 1830 herrschte „ein nationales Gepräge“ und die Provinz atmete „eine polnische Atmosphäre“⁵³⁾. Den früheren Oberpräsidenten v. Berbort wählte die fast ganz polnische Ritterschaft seines Kreises zum Landtagsabgeordneten, so polenfreundlich hatte er sich benommen.

Wichtiger als die rein politischen waren aber die wirtschaftlichen Fragen, denn die polnische Opposition wurde nach dem Ver sagen der Aufstandsversuche unter adeliger Führung seit 1848 auf das ökonomische Gebiet unter Führung des Mittelstandes hinübergeschoben. Nachdem die Geistlichkeit in der Kirche und der völlig ihrer Aussicht preisgegebenen Schule dann in den Jahren bis 1870 ihre Propaganda ungestoppt hatte ausüben können, waren die Kräfte der bürgerlichen Intelligenz erwacht, die nun die Zeitung zu übernehmen vermochten und das Polentum zu einem Staat im Staate organisierten. Die Bewegung wurde demokratisiert und der Clerus bewahrte seinen Einfluß nur, weil er auch hierbei voranging. 300 Geistliche standen im Jahre 1813 in Polen und Westpreußen bei 212 Genossenschaften an leitender Stelle. Alle Entwicklungs möglichkeiten wurden den Polen aber durch die Fürsorge der Regierung gefestigt. Als Buschusprovinzen sind Polen und Westpreußen mit dem Geld deutscher Steuerzahler nach 1815 hochgebracht worden. Was der Staat leistete, zeigt ein Blick auf das Schulwesen. Noch 1836 konnten von den 3791 Ortschulzen der Provinz Polen 2539 überhaupt nicht schreiben, 1914 waren Analphabeten unter dem Heeresersatz so gut wie garnicht vorhanden! Im Regierungsbezirk Polen ist die Zahl der Elementaranstalten bis 1911 um das 7,47fache gegen 1816 und die Bevölkerung der Provinz nur um das 2,43fache gewachsen.

Das Entscheidende für den Aufstieg des Bürgertums war die Einführung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit und die Ablösung der grundherrlichen und persönlichen Leistungen und Abgaben. (Gesetz vom 13. Mai 1833.) Dadurch wurde die Bahn frei für die Anfänge des polnischen gewerblichen Lebens und eines städtischen Mittelstandes, dessen erste Ansäße noch unter Marcinkowskis Beihilfe um 1840 ins Leben traten. Der Staat aber brachte durch Zuflüsse zu den Entschädigungsrenten und zinsfreie Darlehen hierfür bedeutende pecuniäre Opfer. Der polnische Schulverein (Marcinkowskis Verein) wurde 1846 nicht aufgelöst, obwohl nach einem vierjährigen Bestehen schon mehrere seiner Stipendiaten und Aufsichtspersonen (Ephoren) an der Spitze des Aufstands gestanden hatten und zu schweren Strafen verurteilt werden mußten, also erwiesen war, daß die Organisation vom ersten Augenblick an hochverräterische Ziele verfolgte. (Altemäßige Darstellung von Laubert in der Berliner Zeitschrift „Deutsche Rundschau“, Februar 1924.)

Für den Großgrundbesitz bildete die Schaffung des Posener Kreisfonds der Landschaft, 1821 den Wendepunkt. Der Staat gewährte diesem ganz polnisch organisierten Institut ein zinsfreies Darlehen von 200 000 Reichstaler und mit dieser Hilfe konnte der polnische Adel die landwirtschaftliche Krisis der folgenden Jahre übersteigen.⁵⁴⁾ Die Regierung war eben damals diesen Kreisen keineswegs feindlich gesinnt, vielmehr unterstützte sie ihren Einfluß und ihre Bedeutung.⁵⁵⁾ Eine Menge anderer Maßnahmen wie die Einrichtung staatlicher Bankkontors zur Erleichterung des Kredits, die Überarmung von Wollmärkten, der Bau von Kunsträumen und Eisenbahnen, die Einführung von Remontenmärkten und eines Staatsgesetzes usw. haben die Provinz auf gleiche Stufe mit den alten Landesteilen gehoben und eine enorme Wertsteigerung von Grund und Boden ermöglicht.⁵⁶⁾ Eine derartige behördliche Unterstützung war um so wertvoller, weil die polnischen Landwirte sehr leichtfertig darauf losließen und nur äußerst geringe Kenntnisse besaßen. Deshalb vermochten sie sich die technischen Fortschritte nicht zu eigen zu machen und blieben hinter den fleißigeren Deutschen immer mehr zurück, obwohl die Existenzbedingungen sich nach Überwindung der zwanziger Jahre sehr günstig anließen.⁵⁷⁾ Diesem Umstände ist es,

⁵²⁾ Laubert, in Hist. Monatsblätter für die Provinz Polen 1919.

⁵³⁾ Das Großherzogtum Polen podczas rządów Namiestnika miało jeszcze cęchi narodowe i tchnego atmosferą polskości. (Erinnerungen von Frau Mankowska, geb. v. Dąbrowska. Polen 1880, S. 259.)

⁵⁴⁾ Der Landschaft trat zuerst 67 Polen und 7 Deutsche bei. Sie war das mächtigste durch und durch polnische Institut des Großherzogtums in jener Zeit. (Napoleoński instytucja kredytowa ziemska polska Księstwa było wówczas Towarzystwo kredytowe ziemskie.) Buzel, S. 112. Sie war während ihres ganzen Bestehens rein polnisch und die erste mächtige ökonomische Organisation der Polen im preußischen Anteil. (Bylo przez cały czas instytucja czysto polską i w pierwszą potęczną organizacją ekonomiczną Polaków w zaborze pruskim.) Buzel, S. 58.

⁵⁵⁾ Rząd pruski nie był wówczas wrogo usposobionym dla szlachty polskiej, owszem popierał jej wpływ i znaczenie. (Buzel, S. 56/57.)

⁵⁶⁾ Das hier für Polen gesagte gilt ähnlich natürlich für Westpreußen.

⁵⁷⁾ Bolesław v. Brodnicki: Beiträge zur Entwicklung der Landwirtschaft in der Provinz Polen. Leipzig 1893, S. 43: „An der wenig erfreulichen Lage zu jener Zeit waren die Posener Gutsbesitzer zum größten Teil selbst schuld. Selbst auf der Grundlage des Dreifeldersystems hätte eine sparsame und umsichtige Wirtschaft verbunden mit verständiger Ausnutzung der meilenweit sich hinziehenden Hochwälder, wohl die Mittel geboten, den Ansprüchen der Landwirtschaft und sonstiger Kreditinstitute zu genügen. Aber ein großer Teil der polnischen Großgrundbesitzer verstand in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts von der Wirtschaft herlich wenig und kümmerte sich auch fast gar nicht um dieselbe. Tückige Landwirte gab es nur wenige.“

⁵⁸⁾ Graf Szolcrowski: Die landwirtschaftliche Entwicklung der Provinz Polen. Polen 1903, S. 183: „Wie in der Pferdezeit, so bestand in den 70er Jahren auch in der Hindewiegezeit — und hier noch weniger Verständnis für diesen Betrieb — auf den Schauen und Märkten wurde im allgemeinen schlechtes, raubhaftiges und unzureichend gepflegtes Vieh vorgestellt.“ Starzynski: S. 16 wird geschildert, wie namentlich die am Warschauer Aufstand beteiligten Männer durch militärischen Drill ihre mangelhaften landwirtschaftlichen Kenntnisse zu erlernen versuchten und die polnischen Gutsbesitzer sehr schnell von ihren Reformläufen aufzutreten und wieder den alten Schleidrian einzuholen, nachdem sie bislang erlitten hatten. Eine Ausnahme macht fast nur Dr. o. Chłapowski, der schon vor 1830 begriffen hatte, daß der Kampf um die nationale Existenz sich abspielen müsse auf dem Felde landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeit. (Rozgrywać się musiała na polu pracy rolniczej i przemysłowej.) Als dann für den Nebenmarkt ihrer Produkte der Buitritt zu den fremden Märkten der Provinz eröffnet wurde, ebenso die Einfuhr von Kleid, Mäntinen, Buchstieb, während infolge der Bauernbefreiung Arbeitskräfte leicht und billig zu haben waren, Abgaben ziemlich hoch, aber auf sicherer Basis erhoben wurden, Hagel- und Feuervericherung vorhanden waren, Kredit ausreichend beschafft werden konnte, und was das wichtigste war, eine große geschlossene Masse nicht zu fehl verschuldeten Landbesitzes mit schönen Wäldern und besten Böden als erster Jahrhundertelanger Besitz in der Hand polnischer Gutsherren existierte, da waren äußerst günstige Umstände gegeben, unter denen die zweite Generation seit 1815 zum Kampf mit dem Einfluß des Deutschen antreten und erfolgreich jeden Boll breit Boden in Großpolen zu verteilen vermochte. (Oto za nader polskie okoliczności, wśród których generacja druga stała mogła do walki z napływanym niemieckim i bronią skutecznie każdej piedzi ziemi w Wielkopolsce.) Aber freilich unter der für die siegreiche Austragung des Kampfes zwischen dem alten polnischen, seit Jahrhunderten anstößigen Bevölkerung und den dam

Wie die Polen selbst vielfach bezogenen, zuzuschreiben gesehen, daß im Wege der freien Konkurrenz der polnische Großgrundbesitz bis gegen Ausgang des vorigen Jahrhunderts mehr und mehr zurückging und am Boden verlor. Von 1832 bis 1841 allein nahm die Zahl der polnischen Rittergüter in Polen und zwar auch gerade in ganz polnischen Kreisen die Zahl nicht zu ermitteln gewesen, während die der in deutscher Hand befindlichen entsprechend stieg, wobei der an sich noch weit höhere polnische Verlust durch Bergung größerer Herrschaften zahlmäßig teilweise ausgeglichen wurde.⁵⁸⁾ 1848 hatten die Polen noch 3 792 800 Morgen, die Deutschen einschließlich der 820 200 Morgen Domänenland nur 2 422 008 Morgen; 1878 die Polen nur noch 2 812 100 Morgen gegen 3 393 600 bei unverändertem Domänenumfang; 1889 die Polen 2 520 000 gegen 3 701 000 (Domänen 848 000). Das Verhältnis hat sich also gerade umgedreht. In Westpreußen war der polnische Großgrundbesitz auf 363 000 Morgen zusammengezurückt.⁵⁹⁾ Erst dann hat sich das polnische Gutsbesitzertum hinreichend organisiert, um Widerstand leisten zu können. Diese Entwicklung ist seitens des Staates in keiner Weise entscheidend beeinflußt. Der Aufstand von 1830 gab zwar die Möglichkeit, über die gegen alle Verbote über die Grenze geilten Gütsbesitzer nach damaligem Gesetz die Vermögenskonfiszation zu verhängen, aber diese Sanktionen wurden nicht vollstreckt. Von den nach Recht und Gesetz zum Verlust ihres Besitzes verurteilten mehr als 1400 Männern wurden alle bis auf 22 finanziell völlig begnadigt⁶⁰⁾ und diesen letzteren für die verwirkten auf 1/2 herabgesetzten Strafen eine so milde Toleranz zugeschlagen, daß nicht ein einziger Haus und Hof zu verlassen brauchte und die meisten infolge der Amnestie Friedrich Wilhelms IV. vom August 1840 beinahe gänzlichen Strafverlust erlangten. Im ganzen sind nur 71 000 Reichstaler eingezogen worden.

Allerdings versuchte der Staat, da die für den Aufstand gebrachten Opfer den polnischen Großgrundbesitz sehr geschwächt hatten und deshalb eine beträchtliche Zahl von Gütern zur Subsistenzfunktion kam, einige von diesen vermöge des sogenannten Güterbetriebsfonds von einer Million Taler anzukaufen und nach erfolgter bürgerlicher Regulierung in Form kleiner Rittergüter an Deutsche weiter zu veräußern. Über diese Maßnahme verfehlte ihren Zweck. Zunächst war das ausgeworfene Kapital viel zu gering, um nachhaltigen Nutzen zu bringen. Dann ergab sich die Notwendigkeit, in 1/2 der vorgekommenen 18 Fälle aus deutscher Hand Güter zu erwerben und endlich wurde bei dem Wiederheraufkunft des Polentums entgegen der anfänglichen Absicht nicht ausgeschlossen (Koschmin erworb Graf Radolinelli). Vor allem erwies sich aber das dem Fiskus vorbehaltene Vorschriftenrecht bei dem Steigen der Güterpreise als unwirksam und die Besitzungen fielen daher bald in polnische Hände zurück. Friedrich Wilhelm IV. bestimmte obenein ausdrücklich, daß Polen schon beim ersten Verlauf zugelassen werden sollten und hob den Fonds bald ganz auf. Sein Binartrag wurde zu Chausseebauten für die Provinz verwendet. Die viel verchristene Maßnahme hatte übrigens keinen Weg zur Verfolgung der Polen gedient, denn die Herrschaft Samter wurde z. B. vom Staat auf die dringenden Immediatgeleute des Besitzers und ihres Sohnes erworben und nach vorher abgemachtem Spiel mit erheblichem Schaden sofort weiter veräußert.⁶¹⁾ Ebenso wurde mit Gräfin Engeström verhandelt. Die späteren Erwagungen wegen einer Rückkehr zu ähnlichen Schritten angesichts des Aufstandes von 1845/46 verließen erfolglos, ebenso der Gedanke an eine Besitzfestigung. (Vergl. auch Zimmermann, 2. Bd., S. 406 ff.) Vielmehr hat seit Ende der dreißigen Jahre bis 1886 der Staat keinen Finger gerührt, um eine Verschiebung in den Besitzverhältnissen im Osten herbeizuführen, so weit es sich nicht um einige Domänenverkäufe handelt, wie sie in allen Provinzen vorkamen.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten die leitenden Männer, Ladenberg und Kehler, als getreue Schüler von Smith hier im Osten im Gegensatz zu den westlicheren Landesheilen der Provinz des Meisters gemäß sogar auf eine erhebliche Abstimmung von Domänenareal hingewirkt. Die nächste Ursache dazu war die zugleich für den wirtschaftlichen Aufstieg des polnischen Bauernhums entscheidende Tat der Bauernregulierung. (Gesetz vom 8. April 1823), die, in den anderen Provinzen während der Reformzeit durchgeführt, nun auch für Polen eingeleitet werden konnte und bei der auch hier der Staat mit seinem Beispiel voranging, unbekümmert um nationale Rücksichten. Dadurch wurde die polnische Bauernschaft auf königlichem Boden wesentlich gestärkt und zunächst genau mit der altpreußischen gleichgestellt. Bei einigen von Güterbetriebsfonds erworbenen Besitzungen, die nach der Regulierung nicht mehr zur Bildung von Rittergütern ausreichten, entschloß man sich zu völliger Parzellierung und vergab die neuen Stellen zu gleichen Teilen an Deutsche und Polen. Der Umfang der Domänen hat sich infolge von Parzellierung, Gemeinheitsteilung und Dismembration bis 1846 um etwa 23 000 ha vermindert, im Regierungsbezirk Bromberg auf die Hälfte.⁶²⁾ Auch von 1849 bis 1852 wurden in Polen und Westpreußen noch zahlreiche Domänen veräußert.⁶³⁾ So harmlos behandelte die preußische Regierung die nationale Frage. Ein Gegenstand dazu ist es, daß sie selbst Polen aus dem Königreiche jederzeit die Sesshaftmachung in der Provinz erlaubte.⁶⁴⁾

Die für die Bauern günstiger als in den übrigen Provinzen gestaltete Regulierung aber hatte zur Folge, daß bis 1849 über 26 000 Bauern ein dienstfreies Eigentum erlangten und aus ihrer früheren Knechtschaft befreit wurden. Damit wurde die polnische Landbevölkerung überhaupt erst fähig, sich genossenschaftlich zu organisieren, was vor allem nach 1865 das Werk des Gutsbesitzers von Jackowski war. Durch seine Bauervereine schloß er bis 1880 die

ten niestoty tylko u malej liczby obywatele ziemskich Polaków się znaczysz. S. 20 wird nochmals geschildert, daß infolge der wirtschaftlichen Untätigkeit der Polen trotz günstiger Konjunkturen ein Deutscher nach dem anderen nach Polen und Westpreußen zog und mit geringem Anfangskapital sich herauarbeitete, während auf polnischer Seite nur wenige Familien, deren Namen genannt werden, ihren Wohlstand zu vermehren wußten.

⁵⁸⁾ Attentägige Tabelle in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1922, S. 518.

⁵⁹⁾ Starzynski, S. 27.

⁶⁰⁾ (Generalcommissionspräsident Klebs): Neuer Ursprung und Verbreitung des Deutschtums im Großherzogtum Polen. Berlin 1849, S. 44. Der König vierzig gleich nach seiner Thronbesteigung den polnischen Offizieren auch ihre Pensionen allgemein wieder, nachdem dies sein Vater schon in vielen Einzelfällen getan hatte.

⁶¹⁾ Attentägige Darstellung in Histor. Monatsblätter für die Provinz Polen, 1922.

⁶²⁾ Conrad, 1893, S. 528 f. Genauere Berechnungen nach den Alten bei Laubert: Polen, S. 186. Von 1815 bis 1834 waren im Regierungsbezirk Polen bereits 123 000 Morgen veräußert und 82 Vorwerke völlig dismembriert und daraus über 100 neue Stellen verschiedenster Größe gebildet, 615 alte vergrößert. Im Regierungsbezirk Bromberg hatte man 1840 66 Vorwerke aufgeteilt (52 657 Morgen) und sie für über 566 Stellen verwendet. Es ist überaus charakteristisch, daß die Regierung sogar die von Napoleon an polnische Offiziere gemachten Domänenentnahmen achtete, selbst bei dem Organisator des Aufstandes von 1806 und Führer der damaligen polnischen Insurgenten, General v. Dabrowski. Sein Sohn stand zum Dank dafür 1846 an der Spitze der Aufrührer.

⁶³⁾ Conrad, 1893, S. 57.

⁶⁴⁾ Bei Laubert: Polen, S. 200 ff. sind 10 Fälle aufgeführt, wo von 1832 bis 1846 Nichtinländern polnischen Stammbaum des Gewerbe von Rittergütern gestattet wurde.

ganze Masse zusammen und schulde sie zu einer fertigen Kampftruppe, die das nunmehrige Vorgehen der Regierung leicht vernachte und anstelle des Adels erfolgreich den Kampf um Grund und Boden aufnahm, so daß im ganzen die letzten Jahrzehnte den Polen einen Gewinn eintrugen. (1880 bereits 120 Vereine, 1913 etwa 300). Wieder ist es also der Pole gewesen, der zuerst auf dem Plan erschien und die Behörden zu einer bloßen Abwehr zwang. Erleichtert wurde den polnischen Parzellierungsinstituten und Landbanken ihr Wirken aber selbst noch in den neunziger Jahren, also nach Gründung der Ansiedlungskommission, durch staatliche Hilfe. So schloß die Generalkommission mit den Bank Biemonti eine Verbindung, die leichter aus ihrer ungünstigen Finanzlage erlöste, denn durch den Staatskredit gelangte sie schnell wieder zu Geld, während sie sonst die Stellen nur mit Rente hätte belasten können und deshalb ihre Mittel hypothekarisch festlegen mußte. Ebenso wurde den polnischen Bantien 1892 das Revisionsrecht verliehen und sie wurden dadurch von der durch das Genossenschaftsgesetz von 1889 vorgeschriebenen behördlichen Kontrolle befreit.

Die preußische Ansiedlungspolitik, die in den Schriften von Ludwig Bernhard „Zur Polenpolitik des Königstums Preußen, Berlin 1823“ und Dr. Ferdinand Lönig, „Innere Kolonisation in Preußen, insbesondere in den ehemaligen Provinzen Polen und Westpreußen“ eingehend geschildert worden ist, hat in den ersten 20 Jahren ihrer Tätigkeit irgend welche Maßnahmen, welche die freie Entwicklung der polnischen Bevölkerung hemmen sollten, nicht getroffen. Sie hat im Gegenteil, wie soeben dargelegt, bis in die neunziger Jahre auch noch die Polen an ihren Früchten teilnehmen lassen. Sie ist entstanden als Gegenmaßnahme gegen das starke Vordringen des Polentums, das nur durch die weitgehende wirtschaftliche Förderung der gesamten Provinzen in den vorhergehenden Jahrzehnten möglich war. Dank der straffen nationalen Disziplin der Polen und unter dem Schutz der preußischen Gesetzgebung und Verwaltung waren die gesamten wirtschaftlichen und nationalen Kräfte des Polentums zum Kampf gegen das Deutschtum zusammengefaßt worden. Es war nichts anderes als eine Verteidigungsmaßnahme, wenn nunmehr die preußische Politik ihrerseits zu einer Stärkung des Deutschtums überging. Sie hat aber dadurch dem Polentum neue Kräfte zugeführt. Durch die Aufstättigkeit der preußischen Ansiedlungskommission stiegen die Güterpreise so stark, daß eine Lockerung des altengesessenen deutschen Grundbesitzes eintrat. So ist auf der einen Seite die Kolonisation deutscher Bauern zu 71% auf Kosten des deutschen Großgrundbesitzes vor sich gegangen und hat auf der anderen Seite das wirtschaftlich erstarke Polentum die Möglichkeit gehabt, in großem Umfang deutschen Grundbesitz in seine Hände zu bringen. So ist es möglich gewesen, daß seit 1896 der Gesamtbesitz an Boden in polnischer Hand sich im 98 000 ha gegenüber dem Besitz in deutscher Hand vermehrt hat. Die Ansiedlungskommission hat im ganzen 466 756 ha gekauft, darunter 334 207 ha von deutschen Eigentümern. Aufgeteilt und mit deutschen Bauern besiedelt sind bis zur Abtreitung nur 309 475 ha. Der Rest ist aus dem Eigentum des preußischen unmittelbar in das des polnischen Staates übergegangen.

Erst das Jahr 1904 bringt einen Verlust der preußischen Regierung, dem Vordringen des Polentums durch Beschränzung der privaten polnischen Tätigkeit einen Regel vorzuzeichnen, indem durch das sogenannte Feuerstättengesetz die Begründung von Ansiedlungen von einer Genehmigung der Regierungspräsidenten abhängig gemacht wurde. Das Gesetz blieb aber wirkungslos, da nach einer Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts die Adjazenzsteuerungen und die Siedlungen durch Aufteilung von Gütern unter Benutzung der bestehenden Inshäuser durch das Gesetz nicht verboten waren. Das Enteignungsgesetz von 1908 ist in vier Fällen auf einem Gesamtareal von 1600 ha angewandt worden.

So gut wie nichts ist seitens des Staates für das Deutschtum der Städte geschehen. Erst in den allerletzten Jahren wurde auch dort für Beschaffung von Kredit an Hausbesitzer gesorgt. Deshalb nahm das Vordringen des Polentums seinen ungehinderten Fortgang. Ebenso sind in Schlesien Kampfgefechte nur in den Jahren seit 1912 eingeführt worden.

Aller Anstrengungen der Polen ungeachtet haben die Deutschen ihre wirtschaftliche Überlegenheit im Osten bis zum Schluß erhalten. Sie geben dem Lande das Gepräge und waren in Stadt und Land bezüglich der Besitzverhältnisse in der Führung geblieben. Im Regierungsbezirk Polen hatten die Deutschen 56% der Wohnhäuser im Besitz und selbst in der Stadt Polen (54,6%) die Mehrzahl, im Regierungsbezirk Bromberg gar 67%. Noch deutlicher kommt diese Überlegenheit an der Hand der Gebäudeverketabellen zum Ausdruck, denn die Deutschen zahlten von dieser Abgabe im Regierungsbezirk Polen 61,4%, im Regierungsbezirk Bromberg 77,7%; sie hatten also die wertvolleren Häuser inne. Ebenso hatte der ländliche deutsche Privatbesitz allein für sich schon die Oberhand (Provinz Polen 53,7% und Westpreußen 69,6%). Dazu kommt noch der Staatsbesitz (in Polen 10,9% und in Westpreußen 20,9% der Gesamtfläche). Die höhere finanzielle Leistungsfähigkeit des Deutschtums erhellt auch aus der Einkommensteuer, die Einkommen bis zu 900 Mk. jährlich frei ließ. Es waren selbst im Regierungsbezirk Polen daher 63 626 deutsche physische Besitzer und nur 61 724 polnische veranlagt. Erstere brachten aber bei 50,76% der Gesamtzahl volle 63,63% des Gesamtsteuersolls auf.⁶⁵⁾

Das Nationalitätenverhältnis ergibt nach der Zählung von 1910 aber für beide Regierungsbezirke Westpreußens eine starke deutsche Mehrheit (Danzig 72,2% und Marienwerder 59,6% Deutsche) und für den Regierungsbezirk Bromberg eine geringe (50,1%). Nur im Regierungsbezirk Polen überwogen die Polen mit 67,8%.

Polnischerseits ist zwar auf alle erdenkliche Weise versucht worden, diese Zählungsergebnisse von 1910 als unzuverlässig zu entkräften. Allein sie haben ihre volle Bestätigung durch die Reichstagswahl von 1912 gefunden, bei der der Prozentsatz der polnischen Stimmen fast überall niedriger war als es dem Anteil der polnischen Bevölkerung entsprach. (Regierungsbezirk Polen 61,2% statt 67,8; Regierungsbezirk Bromberg 47 statt 49,9%; Regierungsbezirk Marienwerder 40,1 statt 40,4%).

Darum mußten andere Mittel herhalten, um die deutsche Mehrheit zu entwerten. Alle Zweisprachigen, auch die etwa deutsch und russisch angeborenen Leute, wurden den Polen zugestellt. Darüber hinaus trug über die Juden ab. Dann stellte er alle Militärpersonen als landfremd und vom Staat abhängig und deshalb nicht wählbar hin. Desgleichen natürlich alle Ansiedler. Endlich konstruierte er die unbedarfbar berühmte Gruppe der mittelbare und unmittelbare vom Staat abhängigen Einwohner, also der Beamten usw., die ebenfalls als nicht bildenfähig in Trittfall gelangen sollten. Er stützte sich dabei angeblich auf Gruppe E der Berufszählung von 1907. Diese enthält aber auch alle Angehörigen der sogenannten freien Berufe wie Geistliche, Lehrer, Mediziner, Aerzte, Tierärzte, Künstler und dergleichen, deren Zahl sich gerade auf polnischer Seite in den letzten Jahrzehnten besonders vermehrt hat. Dadurch wurden nun dem Deutschtum seine Existenzbedingungen in der Überschen Statistik abgeschnitten. Ferner enthält die Berufszählung in einer eigenen Spalte auch noch die Familien- und Hausangehörigen der betriebsverstüttigen. Da es üblich war, vielfach polnisches Personal zu halten, haben wir nun das groteske Bild, daß das

polnische Dienstmädchen eines preußischen Regierungsrats in Polen einmal als Polin nach der Volkszählung den Polen zugerechnet wird, gleichzeitig aber als Angehörige eines deutschen Beamtenhaushaltes nach der Berufszählung den Deutschen von ihrem nach der Volkszählung sich ergebenden Anteil abgetrennt wird. Da alle diese Mittel noch nicht ausreichten, um das erste Ziel einer polnischen Mehrheit zu erlangen, wurde endlich noch zu ganz einfachen großen direkten Fälschungen gegriffen und an wichtigen Stellen auf einer den leichten Ausgaben der Überschen Broschüre nicht mehr belegten, aber der Entfernung unterbreiteten graphischen Tafel der Anteil der Deutschen abhängig vermindert, so in den zur Abstimmung außersehen ostpreußischen Kreisen um durchschnittlich 5% und z. B. in Stadt Kattowitz um 10%(!), im Kreise Rybnik um 2 1/2%, Kreis Kreuzburg um 5%. Auf diese Weise bringt es der Verfasser fertig, nachzuweisen, daß von den 112 seitens der Polen theoretisch in Besitz gekommenen Kreisen eigentlich nur 28 eine deutsche Majorität besaßen. Dann wird auf polnischer Seite wegen der angeblichen Unzuverlässigkeit der Volkszählung besonders gern mit einer sogenannten Volkszählungstatistik gearbeitet, aus der man dann sehr schnell eine Schulstatistik überhaupt mache. Diese gewährt den Polen sehr viel günstigere Resultate.⁶⁶⁾

Dem allen gegenüber muß betont werden, daß diese Methoden durchaus irreführend sind. Die letzte benachteiligt die Deutschen deshalb so ungemein, weil sie als die Oberseite der Kinder vielfach und weit mehr als die Gegner in die höheren Lehranstalten schickten, was die Volkszählungstatistik unberücksichtigt ließ, und weil die Polen eine höhere Kinderzahl und entsprechend höhere Kindersterblichkeit besaßen und darum in den jüngsten Jahrgängen verhältnismäßig stärker als die Deutschen vertreten sind. Der beste polnische Statistiker, Professor v. Kotmer, gibt in seinem polnischen Jahrbuch (Krakau, 1917, S. 23, polnisch) zu, daß dadurch die Polen einen unberechtigten Gewinn von mindestens 3% erhalten. Dann ist es durchaus unzulässig, alle Ansiedler als nicht bildenfähig auszuhalten, da rund 20 % der von der Ansiedlungskommission beschäftigten Leute Söhne von Bauern der beiden Provinzen Polen und Westpreußen waren, also Nachkommen von vielleicht seit Jahrhunderten dort auf eigener Scholle siedelnden Deutschen. Das Gleiche gilt von den Militärs. Abgesehen davon, daß jeder Staat unter seinen Dienstern einen Austausch vornehmen muß, und mancher junge Deutsche Polens als Offizier im Westen diente und deshalb der Provinz verloren ging, so daß die an seiner Stelle hinzukommenden Kameraden nur ein Aequivalent bildeten, hatten die Regimenter großenteils bildenständigen und polnischen Erfahrung, der nun auch wieder in der Volkszählung auf polnischer Seite erscheint und gleichzeitig dann als vom Staate abhängig den Deutschen fortgenommen wird. Es hatte z. B. die 3. Kompanie Inf.-Rgt. Nr. 63 in Oppeln im Jahre 1907 unter 74 Rekruten 32 Oberleutnants, davon 20 mit polnischen Namen, die 6. Kompanie Inf.-Rgt. Nr. 23 in Neisse von 72 sogar 56 aus den verlorenen oder zur Abstimmung zugelassenen Gebieten, die 2. Eskadron der 2. Ulanen in Gleiwitz unter 44 desselben 30 und von ihnen 14 Polen, die 6. Batterie des Feldart.-Rgt. Nr. 56 in Bissowa 1913 unter 68 Neulingen 24 bildenständige und davon 11 Polen. Eine Zugziehung aus anderen Provinzen war bei der dichten Belegung der verhältnismäßig dünn bevölkerten Grenzprovinzen unvermeidlich. Genauso ebenso verhält es sich mit den Beamten, die vielfach ausnahmslos Kinder des Ostens waren, z. B. im Kreise Kreuzburg i. Oberschlesien, und deren Zahl über dann nach der angeführten Grundlage durch Einrechnung aller polnischen Aerzte, Rechtsanwälte usw. in unmittelbarer Weise übertritt. Unter 4% geht er grundsätzlich nicht herunter, sogar nicht im Kreise Polen West, obwohl hier die Beamtenschaft mit dem Landratsamt größtenteils in der Stadt wohnt und bei weitestgehender Auslegung des Begriffs „Beamter“ die im Kreise verbleibende Kopfszahl noch ungefähr 300 unter 43 000 Einwohnern betrug. Davon war wieder noch ein großer Teil bildenständig. Seine Tabelle zeigt aber 4%.

Die Untersuchung führt somit zu folgendem Ergebnis:

Als in den Jahren 1772, 1793 und 1795 Polen geteilt wurde, sah in den Gebieten, die später 1815 erneut an Preußen fielen oder ihm verblieben waren, ein starkes Deutschtum. Für den Anteil der deutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung gibt es statistische Zahlen für das Gesamtgebiet nicht. Der Vergleich der zahlreichen Angaben über die einzelnen Bezirke, Städte und Gemeinden zwingt zu dem Schluss, daß der deutsche Anteil vor den Teilungen nicht wesentlich geringer gewesen ist, als im Jahre 1910 bei der letzten Volkszählung.

Auch vor den Teilungen war die deutsche Bevölkerung am Grundbesitz in ganz starkem Umfang beteiligt. Wenn der deutsche Anteil am Grundbesitz sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vermehrt hat, so ist dies ausschließlich der wirtschaftlichen Überlegenheit der Deutschen zu verdanken. Maßregeln des Staates zur Unterstützung des deutschen Grundbesitzes und zur Zurückdrängung des polnischen Grundbesitzes haben nicht stattgefunden.

Die oberschlesische Bevölkerung hat sich überhaupt nicht als eine polnische gefühlt. Hier ist erst in den letzten 50 Jahren durch eine künstlich von außen hineingetragene Agitation dank der preußischen Schulpolitik und dank einer geschickten Benutzung sozialer Propagandamittel eine nationale Bewegung in Fluss gekommen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts befand sich das Polentum überall im starken Vordringen gegenüber dem Deutschtum. Befähigt hierzu wurde es durch eine Politik der preußischen Regierung, welche allen Einwohnern der Provinzen ohne jeden Unterschied der Nationalität eine weitgehende wirtschaftliche Förderung angedeihen ließ. Erst in dieser Zeit des Vordringens des Polentums haben Maßnahmen des preußischen Staates zur Erhaltung des Deutschtums eingesetzt. Aber selbst diese Maßnahmen — in Sonderheit die Ansiedlungspolitik — haben die freie Entwicklung der Polen in Preußen nicht gehemmt, im Gegenteil ist in der schärfsten Periode des nationalen Kampfes der im Eigentum der Polen befindliche Grundbesitz um 98 000 ha verstärkt worden. Die preußischen Gesetze von 1904 und 1908 haben eine Beschränkung der Polen, die im Ergebnis irgendwie ins Gewicht siele, nicht gebracht.

Das Deutschtum in den an Polen abgetretenen ehemaligen Provinzen Polen und Westpreußen ist nicht durch künstliche Maßnahmen des preußischen Staates dorthin verpflanzt worden, sondern es hat dort seit der Zeit vor den polnischen Teilungen Heimatrecht.

⁵⁸⁾ Ausführliche Beleuchtung dieser Fälschungen von Karbert in Danziger Brücke vom 19. Juni 1920 und Schlesische Zeitung vom 7. April 1921.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengstes Verschwiegenheit angelobt.

Bromberg, 21. Juli.

Regimentsfahnen für Bromberger Regimenter.

Am 4. August sollen drei Bromberger Regimenter, und zwar das 59., 61. und 62. Infanterieregiment Regimentsfahnen erhalten. Diefer Tage traf in Warshaw eine Delegation ein, bestehend aus dem Kommandeur der 15. Infanteriedivision, Divisionsgeneral T a b a s z y n s k i, dem Kommandeur des 59. Infanterieregiments D a t e k a n o w s k i, dem Kommandeur des 61. Infanterieregiments W a s k i e w i c z und dem Vertreter des Kommandeurs des 62. Infanterieregiments T a r c z y n s k i, um dortige Würdenträger zu den Feierlichkeiten einzuladen. Die Delegation sprach bei dem Staatspräsidenten vor, dem Kriegsminister, dem Chef des Generalstabes, dem Verwaltungschef, dem Feldbischof, dem Generalinspekteur der Artillerie, dem Chef der französischen Militärmission, den Sejm- und Senatsmarschällen usw. Zu den Festlichkeiten soll auch, wie der „Przegrod Wiczowny“ mitteilt, Marschall P i l i u d s k i eingeladen werden.

Das Festprogramm steht am 8. August eine Muderregatta vor, am Abend desselben Tages findet ein Bassenstreit statt, am nächsten Tage morgens militärisches Becken, hierauf ein Feldgottesdienst auf dem Flugplatz und die Fahnenweihe. Dem 59. Regiment stiftet die Fabrik die Stadt Inowroclaw, dem 61. Regiment der Kreis Kolmar und dem 62. Regiment die Stadt Bromberg und die Umgegend. Nach der Defilade der Regimenter findet ein gemeinsames Essen statt und der Nachmittag soll durch ein Pferderennen ausgefüllt werden. Der Dienstag ist nach einem Trauergottesdienst für die Gefallenen, militärischen Spielen und Veranstaltungen für die Soldaten gewidmet.

Achtung auf Taschen und Wohnungen.

Vom 3. August ab wird der Staatspräsident auf einige Tage in unserer Stadt weilen. Wie immer, wenn in einer größeren Stadt sich sehenswerte Geschehnisse abspielen oder hoher Besuch erwartet wird, zieht ein starker Fremdenstrom dorthin. Aber es sind nicht immer solche Gäste, die Geid zur Stadt hereinbringen, nicht solche, die aus offenen Täufen ausgehen, sondern vielfach Besucher, denen gegenüber es ratsam ist, Taschen und Wohnungen recht in acht zu nehmen und verschlossen zu halten. Erfahrungsmäßig findet gerade an solchen Festtagen die „eble Kunst“ reiche Beute. Und es brauchen ja durchaus diese Gelegenheitsdiebe auch nicht immer fremde Gäste zu sein. Ein Blick auf die täglichen Polizeiberichte zeigt, daß Bromberg an geschulten Kräften dieses Geltchers äiemlich reich ist. Also: Achtung auf Taschen und Wohnungen!

* Ein billiger Wetterprophet. Wer möchte in diesen Sommertagen nicht einen zuverlässigen Wetterpropheten haben? In der Stadt, wenn man für den morgenden Tag einen Ausflug plant, auf dem Lande, wenn man die Wiese mähen will oder einen Wagen draußen lassen möchte, um ihn nicht wieder naß werden zu lassen. Barometer wachsen im Walde genug, ganz umsonst, man braucht sie nur zu holen. Es sind dies die Tannenzapfen. An einem Bändchen oder Faden im hellen, aber sonnenlosen Winkel des Zimmers aufgehängt, tut er voll und ganz seine Pflicht. Öffnen sich die Schuppen (infolge der trockenen Luft), so darf man ohne Frage gutes Wetter für den kommenden Tag erwarten. Schließen sie sich, so deutet das auf Regen hin. Wer es nicht glaubt, macht einen Versuch.

* Ein sonderbarer Fund wurde am gestrigen Sonntag früh vier Uhr im Regierungsgarten (Ogród Kazimierza Wielkiego) gemacht. Man fand dort einen grauen Herren-Sommermantel, einen schwarzen Herrenrock (Tuttiway), einen linken Herren-Schnürstiefel mit Kapitze, ein Vorhemd, einen Bindeschlips, einen Strumpf, eine Manschette und einen Kragen. In den Taschen des Mantels fanden sich zwei Geigensaiten, ein Notizbuch und fünf Groschen (Papier). Personen, die zur Aufklärung dieser Angelegenheit beitragen können, werden ersucht, sich bei der hiesigen Kriminalpolizei, Wilhelmstraße (Tarczowska) 21, Zimmer 41, zu melden.

* Ein Unfall ereignete sich am Sonnabend früh am Hause Danziger Straße 46, daß einen neuen Fuß erhalten soll. Von der Rüstung stürzte der Maurer Leon S o l i n s k i auf den Bürgersteig so unglücklich ab, daß er die Beinung verlor und mit dem Rettungswagen nach dem städtischen Krankenhaus geschafft werden mußte.

* Falsche 50-Dollarnoten. Der amerikanische Generalkonsul in Mailand gibt bekannt, daß sich eine große Zahl

fälscher Banknoten im Umlauf befindet, die auf 50 Dollar lauten. Sie tragen die Serienzahl 1023 und das Porträt des Präsidenten Grant. Der Gesamtbetrag der kursierenden falschen Banknoten wird auf 30 Millionen Dollar angegeben.

* Der Sonnabend-Wochenmarkt war außerordentlich gut besucht. Der lebhafte Verkehr ging zeitweise in „Drängelei“ über. In den späten Vormittagsstunden wurden gefordert (in Bloty) für Butter 1,40—1,50, Eier 1,20—1,30, Enten 1,50 bis 2, Hühner 2—2,5, Tauben 0,5, Mohrrüben 0,20, Himbeeren 0,50, Kirschen 0,40—0,50, Koyfslat 0,05, Blumenkohl 0,80—1, Gurken 0,70, Kohlrabi 0,20, Stachelbeeren 0,50, Waldesbeeren 0,70, Blaubeeren 0,40, Pfefferlinge 0,40. In der Markthalle wurden gefordert für Schweinefleisch 0,60—0,85, Kalbfleisch 0,60—0,70, Hammelfleisch 0,60—0,70, Dauerwurst 1,00, Kochwurst 0,90, Blütze 0,50, Schleie 1,20—1,70, Hechte 1,20—1,70.

* Diebstähle. Auf dem Sonnabend-Wochenmarkt wurde einer Frau Katarzyna Swarzewska aus Schrottersdorf (Szczerby), Dorfstraße (Gajowa) 4, eine Geldtasche mit 40 Bloty Inhalt gestohlen. Die Täterin wurde festgenommen. Aus einer Wohnung in der Berliner Straße (Grunwaldzka) 29 wurde ein Herrenring im Werte von 20 Bloty entwendet. Bei der Firma Tri i Ska in der Thorner Straße (Toruńska) erbeutete ein Dieb Leder, Fellen und andere Werkzeuge im Werte von 1000 Bloty. Der Täter ist ermittelt worden.

* Festgenommen wurden gestern vier Sittendarinen und ein Mann wegen Haussiedensbruches.

Vereine, Veranstaltungen &c.

Gauverb. Bromb. Männerhalle. Hente Übung 8 Uhr, Biwakino.

Stadttheater. Mittwoch, den 23. Juli, abends 8^{1/2} Uhr, einmaliger Opern- und Niederabend des weltbekannten, hervorragenden russischen Opernsängers Nicolaus Jachino, ersten Bass-Bariton der „Großen Oper“ in Moskau und Petersburg. Der Künstler, welche über großartige Stimmmittel verfügt, bringt ein erstklassiges Programm zu Gehör, welches in polnischer, italienischer und russischer Sprache ausgesprochen wird — Opernarien und Lieder von Gounod, Bizet, Verdi, Korniloff, Tschalowsky, Borodin, Mussorgski, Rubinstein, Wagner. Troz gewaltiger Kosten niedrige Eintrittspreise, von 0,50 bis 2,50 — Kassenöffnung von 10—11 und 6—8, Uhr — Telefon 1138. (1903 Deutsche Bühne Bydgoszcz, T. 2. Gute Kleinkunst in Sang und Wort wird uns hier nicht oft geboten, und deshalb ist die Veranfaltung, die für Freitag angekündigt ist, sehr zu begrüßen. (S. a. Inserat.) Carl Aliewer ist, wie auch Bromberg aus kleineren, früher gebotenen Proben weiß, ein Lautenspieler bester Klasse. Es liegen uns z. B. Preisenreihen über seinen letzten, klarlich stattgefundenen Niederabend in Danzig vor, die voller Lobes sind. Sie beweisen, daß das Sängers vielseitige Vortragskunst voll ausreicht, Geissmederer wie auch Freunden kräftiger Hausmannsblau einen genuinreichen Abend zu bieten. Ein weiterer Elou, der ins Programm aufgenommen worden ist, ist also eine Sondergabe, die das Ganze auf eine besonders hohe Stufe stellt: Erna Friedla, nicht nur auf der Bühne besteht, sondern auch als entzückende Erzählerin, will einige Perlen aus dem Schatzkästlein schöner Dichtung leuchten.

(1903 Deutsche Bühne Bydgoszcz, T. 2. Gute Kleinkunst in Sang und Wort wird uns hier nicht oft geboten, und deshalb ist die Veranfaltung, die für Freitag angekündigt ist, sehr zu begrüßen. (S. a. Inserat.) Carl Aliewer ist, wie auch Bromberg aus kleineren, früher gebotenen Proben weiß, ein Lautenspieler bester Klasse. Es liegen uns z. B. Preisenreihen über seinen letzten, klarlich stattgefundenen Niederabend in Danzig vor, die voller Lobes sind. Sie beweisen, daß das Sängers vielseitige Vortragskunst voll ausreicht, Geissmederer wie auch Freunden kräftiger Hausmannsblau einen genuinreichen Abend zu bieten. Ein weiterer Elou, der ins Programm aufgenommen worden ist, ist also eine Sondergabe, die das Ganze auf eine besonders hohe Stufe stellt: Erna Friedla, nicht nur auf der Bühne besteht, sondern auch als entzückende Erzählerin, will einige Perlen aus dem Schatzkästlein schöner Dichtung leuchten.

Postabonnenten!

Wer noch nicht die

Deutsche Rundschau

bestellt hat, tue dies sofort. Alle Postämter in Posen und Pom. merellen nehmen jederzeit Bestellungen auf unser Blatt entgegen. Wo Postabonnements abgelehnt werden, wolle man uns sofort schriftl. benachrichtigen. Monatl. Bezugspreis 3,11 Bloty.

Handels-Rundschau.

Uneinheitlicher Ledermarkt in Polen. Im Handel mit Leder herrscht Chaos. Eine Gerberei erhöht die Preise, und die andere ermäßigt sie. Die Regierung hat die Ausfuhr von Rohleder nach dem Ausland gegen mäßige Zollgebühr gestattet. Aus diesem Grunde stiegen die Preise für Kalbsleder um 20 bis 25 Prozent. Eine Gerberei erhöhte den Preis für Chrom um 2 Cents pro Fuß, andere wiederum um 2 und 1 Cent. Es sind aber auch Gerbereien, die diesen Preis um 5 polnische Groschen ermäßigen. Die Ausfuhrzulassungen erstickten sich auf 80 Waggons, was nur einen geringen Teil im Vergleich zu den Vorjahren ausmacht. Die Preise sind auch im Ausland niedrig, weil aus Holland, Frankreich und Argentinien große Transporte eintreffen. Die Nachfrage in Polen ist dagegen gering. Weiches Leder hat seitens Ten-

denz, hartes Schwede. Kaufleute, die Bargeld benötigen, ermäßigen die Preise. Ausländisches hartes Leder ist billiger geworden.

Die Streichholzfärberei in Polen. Die Hälfte der polnischen Streichholzfärberei steht still. Der Rest arbeitet nur eine Schicht, statt drei Schichten, wie vor der Krise. Die Streichholzfärberei in Polen arbeiten zu 60 Prozent für den Export, den jetzt die teurere Produktion unmöglich macht. Ausländische Bestellungen treiben nicht ein. Auf dem Inlandsmarkt sind große Bestellraten vorhanden.

Die Produktion der Papierindustrie Polens. Von den 17 Papierfabriken Polens arbeiten acht ohne Einschränkung der Arbeitszeit. Sie finden einen genügenden Absatz, da ihre Produktion hauptsächlich in schlechter Papierarten, wie Rotations-, Druck- und minderwertigem Schreibpapier besteht. Sechs Fabriken arbeiten dagegen nur drei Tage in der Woche. Ihr Absatz wird dadurch erwartet, daß sie überwiegend besseres Schreibpapier und Zigarettentücher herstellen. Die Produktion der polnischen Papierfabriken betrug: im Januar 1924 370 Waggons, im Februar 321 Waggons, im März 288 Waggons, im April 440 Waggons und im Mai 440 Waggons. Die Produktion ist also in den letzten Monaten nicht kleiner geworden. Im Juni dagegen ist ein Abschneiden der Produktion zu bemerken. Die beiden Betriebsfabriken arbeiten befriedigend.

Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 19. Juli. Notierungen nicht eingegangen.

Amliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 19. Juli. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Bloty 109,10 Gold, 109,62 Brief, Teleg. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Gold, 25,00 Brief, Berlin 100 Billionen Reichsmark 105,900 Gold, 105,591 Brief, Brix 100 Franken 104,14 Gold, 104,60 Brief, Warschau 100 Bloty 109,22 Gold, 109,78 Brief.

Krödner Börse vom 19. Juli. (Amlich.) Neupf 5,40^{1/2}, London 23,07, Paris 28,00, Prag 16,27, Italien 23,55, Belgien 25,05.

Die Laubenddarlehnsklasse zahlte heute für 1 Goldmark 1,22 Bl., 1 Dollar, große Scheine 5,13—5,16 Bl., kleine 5,11 Bl., 1 Pfund Sterling 22,50 Bl., 100 franz. Franken 22,16 Bl., 100 Schweizer Franken 93,65 Bl.

Mittienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 19. Juli. Für nom. 1000 Mfp. in Bloty. Wertpapiere und Obligationen: Breslauer Börse 1903. — Banknoten: Bank Przemysłowa 1—2, Em. (exkl. Kupon) 2,60. Bank Em. Spółki Barw. 1—11, Em. (exkl. Kupon) 4,20. Bank Barw. Poznań, 1—9, Em. (exkl. Kupon) 2,25. — Handelsaktien: Arcena 1—5, Em. (ohne Kupon) 2,10. Browar Królewski 1—5, Em. 2,55. Garbarnia Sawicki, Opalenica, 1, Em. 0,90. Dr. Roman Man 1—4, Em. (ohne Bezugsschein) 22,50 bis 22. Papiernia Bydgoszcz, 1—4, Em. (exkl. Kupon) 0,20. Pleśnica, Fabryka Papieru w Czermnicy 4, Blotno 1—3, Em. 0,60. Piennatki 1—4, Em. (ohne Bezugsschein) 0,20. Starogardzka Fabr. Mehl. 1—2, Em. 0,50. Tri 1—8, Em. (exkl. Kupon) 8,75. „Unja“ (früher Bentz) 1 u. 8, Em. 5,50. Wisia, Bydgoszcz, 1—8, Em. 9,50. Wojszchowska Tow. Mle. 1—3, Em. (ohne Bezugsschein) 0,50. Wyrworna Chemiczna 1—6, Em. (exkl. Kupon) 0,40. Tendens: schwächer.

Produktionsmarkt.

Amliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 19. Juli. (Die Großhandelspreise verkehren sich für 100 Kilogr. — Dozentenwert bei sofortiger Lieferung in Bloty.) Weizen 21,50—23,50, Roggen 10,40—11,40, Weizenmehl 37,00 bis 39,00 (65%, intl. Säde), Roggenmehl 1. Sorte 17,00—18,50 (70%, intl. Säde), Roggenmehl 2. Sorte 19,80 (65%, intl. Säde), Gerste 11,25, Braugerste 13,00—14,00, Hafer 12,40—13,40, Roggenkleie 7,00, Marktlage im allgemeinen unverändert. Tendenz: ruhig.

Berliner Produktionsbericht vom 19. Juli. Amliche Produktionsnotierungen per 1000 Kg. ab Stationen. Weizen märkischer 170 bis 177, ruhig. Roggen märkischer 137—144, matter, Sommergerste 100—170, Frühergerste 155—160, ruhig, Hafer märkischer 140—145, matter, Weizenkleie für 100 Kg. 24—27,50, matter, Roggenkleie 21,50 bis 24, matter, Weizenkleie 9,50—9,60, ruhig, Roggenkleie 9,50 bis 9,60, ruhig, Raps 200, ruhig, Leinfaat 230, ruhig, Bitterlaerbien 20—22, kleine Speiserübien 14—15, Bittererübien 14, Peluschen 14, Alterbohnen 14—15, Widen 15—16, blaue Lupinen 9,50—10, Rapsflocken 11, Leinfaat 19—20, Trockenflocken prompt 8,80—9, Buckerschnitzel 18—19, Kartoffelflocken 21—21,50.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 19. Juli in Krakau — 2,02 (2,22), Jawischost 0,94 (0,85), Warschau 1,16 (1,15), Błotc — (0,54), Thorn 0,88 (0,88), Sorden 0,48 (0,48), Culm 0,88 (0,48), Graudenz 0,28 (0,44), Kurskraut 0,90 (0,97), Montau 0,29 (0,44), Pielet 0,81 (0,88), Dirksan 0,18 (0,20), Einlage 2,32 (2,28), Schlesw. port — (2,58) Meter. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Hauptchristleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den geläufigen redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Brangdak; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten. Hierzu: „Der Hausfreund“ Nr. 66.

fürherischen kohlenschwarzen Augen der Schönsten zu unterstreichen oder Schönheitsfehler, von Alter oder Natur verschuldet, zu verwischen. Der unkleidsame, die Körperformen verhüllende Mantel, die „Habera“, ist einem schicken Umhang von schwarzer Seite gewichen, während unter einem graziosen Turban die hennagefärbten Locken seiner Trägerin sichtbar hervorlugen.

Die ägyptische Frau hat ihren Bekanntentreis ständig erweitert, und in vielen Häusern ist es heute schon Brauch, daß der Hausherr an der Seite seiner Gattin bevorzugte Gäste empfängt. Das ist allerdings eine Neuerung, die nicht allgemeine Billigung findet, sondern von den konserватiven Kreisen mit scheuen Augen angesehen wird. Wenn Madame das Kind betrachtet, nimmt sie verdeckt ihren Platz unter dem Publikum; wenn sie aber im strahlenden Glanz ihrer Juwelen und ihrer Pariser Toiletten in der Oper erscheint, so ist sie gehalten, hinter einem mit Löchern versehenen Binkäfig, den auch die Späherblätter der Neugierigen nicht zu durchdringen vermögen, Platz zu nehmen und von hier aus der Vorstellung zu folgen. Ein Hotel zu besuchen, verbietet ihr die gute Sitte, und wenn sie durch Verhältnisse genötigt ist, vorübergehend hier Quartier zu bezahlen, so betrübt und verläßt sie das Haus direkt durch die Hintertür. Da sie unverkleidet nicht an öffentlichen Orten erscheinen darf, so bleiben ihr auch Restaurants und Cafés verschlossen, es sei denn, daß ihr und ihren Freunden ein separates Zimmer zur Verfügung steht.

Ogleich die Ägypterin durch die Sitte sich vieler Vergnügungen beraubt sieht, entbehrt ihr Leben durchaus nicht der Anregung, und die Gelegenheiten, ihre Anteilnahme und Arbeitskraft zu betätigen, sind genau so mannigfaltig und zahlreich wie die ihrer europäischen Schwestern. Kunst, Politik, Wohlfahrtspflege und gesellschaftliche Pflichten nehmen ihre Zeit ausgiebig in Anspruch. Namentlich die legsgenannten fordern gebieterisch Erfüllung, denn die Familienbezüge sind in Ägypten ein unlösliches Band, und selbst entfernte Verwandte dürfen in keinem Fall übersehen oder vernachlässigt werden. Die Verpflichtung der Gastfreundschaft wird überdies auch von Fernstehenden sorgsam gepflegt. Mehr als anderswo üben die ägyptischen Frauen bestimmenden Einfluß auf die Politik aus. Über das Schicksal ganzer Völker ist ja im Orient oft genug in den Händen entschieden worden. Heute nehmen die Frauen an politischen Versammlungen teil, veranstalten Kundgebungen und verfolgen häufig genug politische Ziele, die denen der Männer schwarzstracks zuwiderlaufen.

Millionäre in Lumpen.

Vor kurzem starb in dem englischen Ortchen Stockgrove der Multimillionär Joseph Truman Mills, der sein ganzes Leben lang in geschilderten Kleidern gegangen war und Zigaretten oder Bier für einen unerhörten Luxus hielt. Es ist nicht der erste Millionär in Lumpen, der bei einem großen Reichtum ein Leben in Elend und Entbehrung führte. Es gab schon öfters solche sonderbaren Reichen, die sich nichts gönnten, obwohl ihnen alle Herrlichkeiten des Daseins offenstanden. Da lebte z. B. in einem kleinen Häuschen der Waterloo-Straße in London der Baron Sir Henry Delves Broughton, dessen jährliche Einnahmen sich auf 40 000

Statt besonderer Anzeige!

Die Verlobung meiner jüngsten Tochter Hertha mit dem Landwirt Herrn Fritz Budse beeindruckt mich erheblich anzusehen.

Amanda Finger
geb. Fritz.
Langenau, im Juli 1924.

Hertha Finger
Fritz Budse
Verlobte.

1924

Am 16. Juli, 3½ Uhr morgens, entschlief nach schwerem Leid mein lieber Mann, unter lieber, guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Karl Maß

im 75. Lebensjahr.

Dies zeigen tief betrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Sellowiec, den 16. Juli 1924.

Die Beerdigung hat am Sonntag nachmittag stattgefunden.



Kinderwagen

Sportwagen
Kinderstühle
Kinderbettstellen.

A. Hensel,
Dworcowa 97.

Detektiv-Zentrale

Danzig

Langgasse 13 :: Fernspr. 6521.
Leitung: Detektiv Willy Conrad.

1920

Ermittlungen in sämtl. Zivil- u. Strafprozessen. Aufklärung von Diebstählen, Unterschlagungen und Verbrechen jegl. Art, Ueberführung anonyme Briefschreiber und Verleumder. Beschaffung von Beweis- u. Entlastungsmaterial in Ehescheidungs- u. Alimentationsachen. Beobachtungen und Ermittlungen in sämtlichen Vertrauensangelegenheiten. Geschäfts-, Heirats- und Familien-Auskünfte an allen Plätzen der Welt. Diskret und zuverlässig. 2 Polizeihunde, die auch in Polen arbeiten dürfen.

Verreist

auf kurze Zeit.

Dr. Kawczyński,

Nervenarzt. 9545

Rote und schwarze Johannisbeeren
Sümpfebeeren
Erdbeeren
Apfel

Sauerfrischen
Lanzen während der Saison in größerer Mengen 17889

Domagalski i Söhne,
Fruchtsaftpresserei,
Poznań Sw. Marcin 34

Zugeschnittene
Ristenteile

auch fertig genagelt, a. Wunsch geziert, in jd. gewünscht. Stärke u. Ausführ. liefert

A. Medzeq,
Jordon a. d. Weichsel.
Telefon 5. 18436

Asthma-

krank erholt, kostenfr. Broschüre Nr. 74
Dr. Hugo Caro, G. m. b. H.,
Berlin-Friedenau 101.
19068

Massagen
z. Elektrifizieren wird,
individuell ausgeführt.

G. Menzel,
Barmstieg 2. zw.

Sensen Gesenstreicher

besie rhein.-westfälische Fabrikate, nur an Wiederverkäufer liefert zu Fabrikpreisen

Rilian & Co.
Filiale Bydgoszcz,
Marcinowskiego 11. Telefon 778.

Sämtliche Klempner- u. Dachdecker-Arbeiten

sowie alle Reparaturen übernimmt zu billigen Preisen

A. Budze, Komalewo, Młasto.

Unser Hühneraugenpflaster

ist in Güte und Wirkung unerreicht und lässt alle Präparate mit noch so tönernder Rettame weit hinter sich.

Ein Versuch wird Sie überzeugen!

Schwanen-Drogerie, Bydgoszcz,
Gdańska Nr. 5. 1840

Für Sägewerke

Kreis-, Gatter-, Bandsägeblätter
Schärf-Feilen, Scheiben

in Extra-Qualität (Reinscheider Ware)

empfiehlt ab Lager Bydgoszcz 18782

Franz Rosinski, Bydgoszcz,
Dworcowa 52. Telefon 384 und 389.

Glücksquelle und glücklicher Monat.

Lose der 5. Klasse der P.P.L.K.

Gesamtsumme der Gewinne 3759800 Zł.

Jede zweite Nummer gewinnt in der 9. P. P. L. K.

Preise der Lose der 5. Klasse:

1. Los 15 Zł. 2. Los 30 Zł. 1 Doppellos (2 Lose von einer Nummer) 60 Zł.
1 dreifaches Los (3 Lose von einer Nummer) 90 Zł. 1 vierfaches Los (4 Lose von einer Nummer) 120 Zł.

Das Doppellos gibt gute Chancen zu einem doppelten Gewinn, das Dreifache zu einem dreifachen und das vierfache Los zu einem vierfachen Gewinn. Wegen der überaus großen Nachfrage beeilen Sie sich mit dem Kauf dort, wo das Glück ständig dem Spieler zuneigt, nur im Lotterie- u. Austausch-Kontor: E. Lichtensztein i S-ka Warszawa, Marszałkowska 146.

Gegründet 1835.

Versand der Lose in die Provinz nur nach Voreinsendung des Betrages.

Die Ziehung findet statt vom 6. bis 28. August 1924.

Anmerkung: Da nur eine kleine Ausgabe der Lose zur 10. P. P. Z. K. und zwar statt 200000 nur 50000 Lose vorgesehen ist, werden schon jetzt Bestellungen zur 1. Klasse angenommen.

Echte Schweizer Seidengaze mit 3 roten Streifen in den Kanten Messerpicken, Mühlpicken, Furchenhämmer, gebundene Gummihämmer, Elevator-gurte, Becher, Schrauben, Treibriemen aller Art empfehlen

Ferd. Ziegler & Co.
Dworcowa 95. 18199

Beste Strohverwertung!

Für Landwirte und Strohgelehrte habe ich preiswert abzugeben 19028 fahrbare Häckselanlage

Kiesel-Sambot, 8 messing, mit dopp. Siebwerk, Stummellevator u. Einsackvorrichtung, Maschine kann für sich allein oder in Verbindung mit Dampforschlagsmaschine betrieben werden.

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28

"Stoc"-Motorflug

modern, ca. 80 P. S., 6-schichtig, Rückwärtsgang, motor, Tiefenstellung, sofort betriebsfähig, sehr billig abzugeben. 19029

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Fahrbare Wolf-Locomobile

Heindampf, mit Überhitzer, Baujahr 1916 nom. 12-pferdig, eff. 28/33/48 P. S., sehr preiswert abzugeben. Locomobile ist gründlich durchrepariert, ähnlich neu abgenommen und garantiert betriebsfähig, in Leistung einer neuen gleichwertig, geeignet als Dreischloßmobile und für Industriezwecke. 19027

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Schmuck-Wolle Gewaschene Wolle Schaffelle

kauft nach wie vor zu den höchsten Tagespreisen 19021

Moritz Cohn, Bydgoszcz, Piotra Skargi 2. Telefon 237.

Pianos

solide Bauart, hervorragender Ton, zu Fabrikpreisen, liefert

PIANO - FABRIK

Bruno Sommerfeld
Bydgoszcz, Śniadeckich 56.
Tel. 883. 18169

Verloren

am Sonntag vorm.

auf dem Meze nach Dombrówka Więścina

Brilstafdie mit 20

bis 30 J.

bar. Kührerschein, zwei

Wechslein auf Lewa-

dowski und sonstigen

Ausweispaieren. Es

wird erachtet, gegen

entsprechende Be-

lohnung abzugeben bei

Temper, 1880

Dworcowa 52.

Heirat

Fräulein

Anfangs 30 J., g. z.

in Stellung, wünscht

auf diesem Meze einen

herrn kennen zu lern,

zwecks Heirat. Es

wollen sich nur solche

melden, die es auftrüdt

meinen. Off. u. D. 9536

an die Gesell. d. 3tg.

Tunger Mann kann

als Lehrling

entreten. 18807

Mölleret Elmo,

now. Chojnice.

Schwarzof, Perwalt.

Schneiderin

für elegante u. einfache

Damen-Garderobe

Schnelder, Iduna 2, II.

1920

Ansängerin

für das Büro gesucht.

Wolff, Exped., Kontr.

Rechtsanwalt, an

Scheerstädt & Hoffmann.

Dworcowa 57a.

19200

Gabrielbester

ev., 40 J., alleinst. Jung-

frau, w. Bel. m. geb. ev.

Fr. auch örtl. Gutsba-

uerstochter, zw. id.

Heirat. Vermittl. durch

Berw. erw. Off. m. Bild

u. B. 19026 a. d. 3tg.

19200

Brieftasche

verloren!

Inhalt wichtig, Papiere,

Geschäftsvolumen, Hand-

solvent, Militärpaniere und

Von aus Lódź auf d. Nam. Kolubowice,

Nielen, Kerner 135 J.

welche Kinder gegen

Rückgabe der Papiere

behalten kann. Abzugeben bei Weber, Jagiellońska 15. 19200

19200

Gut renommierte alte Firma

sucht auf ein 3-stöckiges

Wohn- und Geschäftsr

und Dienstgebäude zur er

sten Stelle Hnothof von

5-8000 Złoty.

19200

Zinsen nach Vereinbarung.

unter B. 18989 an d.

Geschäftsstelle d. 3tg.

19200

Gutshof

mit einem